



BMVBS-Online-Publikation, Nr. 11/2010

Klimawandelgerechte Stadtentwicklung

Planungspraxis – aktualisierte Fassung der BBSR-Online-Publikation,
Nr. 25/2009

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)

Wissenschaftliche Begleitung

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Bearbeitung

Technische Universität, Dortmund (Auftragnehmer)
Dr. Andrea Rüdiger,
Dr. Mark Fleishauer

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn (Auftraggeber)
Dr. Fabian Dosch (Leitung)

Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten

Zitierhinweise

BMVBS (Hrsg.): Klimagerechte Stadtentwicklung – Planungspraxis - aktualisierte Fassung der BBSR-Online-Publikation, Nr. 25/2009
BMVBS-Online-Publikation 11/2010.

Die vom Auftragnehmer vertretene Auffassung ist nicht unbedingt mit der des Herausgebers identisch.

ISSN 1869-9324

© BMVBS Mai 2010

Ein Projekt des Forschungsprogramms „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt)“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) betreut vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

Inhaltsverzeichnis

1	VORWORT	3
2	EINLEITUNG	5
3	FÖRDERPROGRAMME	7
3.1	AUFGABE UND ZIEL DER EXPERTISE FÖRDERPROGRAMME	8
3.2	FÖRDERPROGRAMME DER EU, DES BUNDES UND DER LÄNDER.....	9
3.3	WETTBEWERBE UND MODELLVORHABEN	25
3.4	FÖRDERBERATUNG – KENNTNISTRANSFER VON FÖRDERUNGEN	30
3.5	AUSBLICK UND EMPFEHLUNGEN	32
4	EX-POST-ANALYSE KOMMUNALER KLIMASCHUTZKONZEPTE	35
4.1	ZIEL DER EXPERTISE „EX-POST-ANALYSE KOMMUNALER KLIMASCHUTZKONZEPTE“	36
4.2	WISSENSCHAFTLICHER STATUS QUO: KOMMUNALER KLIMASCHUTZ.....	37
4.3	ANALYSE BESTEHENDER KLIMAKONZEPTE	40
4.4	STADTENTWICKLUNGSRELEVANTE KLIMASCHUTZSTRATEGIEN	47
4.5	AUSBLICK UND EMPFEHLUNGEN	49
5	BEST PRACTICE	52
5.1	„BEST PRACTICE“ UND „GOOD PRACTICE“	52
5.2	MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN VON BEST PRACTICE	53
5.3	AUSGEWÄHLTE BEST-PRACTICE-BEISPIELE UND WETTBEWERBE ZU KLIMASCHUTZ UND KLIMAAANPASSUNG	54
5.4	BEST-PRACTICE-DATENBANKEN UND QUELLENSAMMLUNGEN ZU KLIMASCHUTZ UND KLIMAAANPASSUNG	60
5.5	HANDBÜCHER UND LEITFÄDEN	62
5.6	AUSBLICK UND EMPFEHLUNGEN	63
6	FAZIT	65
7	QUELLEN	66

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: EU-Finanzierungsinstrumente und Schwerpunkte in 2007 bis 2013	15
Abbildung 2: Achsen der ELER-VO	16
Abbildung 3: Zeitstrahl klimarelevanter Themen auf kommunaler Ebene	36
Abbildung 4: Vorhandensein von Kommunalen Klimaschutzkonzepten	41
Abbildung 5: Prozentuale Häufigkeit von Klimaschutz-/Energiesparkonzepten in Baden-Württemberg nach Kommunengröße	42
Abbildung 6: Kommunale Klimaschutzkonzepte	43
Abbildung 7: Nichttechnische Maßnahmen zur Information, Motivation und Kooperation	44
Abbildung 8: Zeitpunkt der Einführung eines Monitorings in Mittelstädten	51

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Ergebnisse des Wettbewerbs "Bundeshauptstadt im Klimaschutz" 2006...	25
Tabelle 2: Förderdatenbanken mit Bezug zum Klimaschutz	31
Tabelle 3: Erfolgsfaktoren von phasenspezifischer Bedeutung	39
Tabelle 4: Angaben zur Senkung der CO ₂ -Emissionen	45
Tabelle 5: Stadtentwicklungsrelevante Klimaschutzstrategien	47

1 Vorwort

ExWoSt-Forschungsfeld „Klimawandelgerechte Stadtentwicklung“

Vorwort zur Online-Publikation 25/09

Städte und Stadtregionen sind vom Klimawandel besonders berührt. Einerseits als wesentliche Verursacher des Klimawandels und andererseits auch als im Besonderen Betroffene. Vorausschauende Planung ist erforderlich, um nicht nur zum Klimaschutz beizutragen, sondern die unvermeidbaren Wirkfolgen des Klimawandels zu mindern oder abzuwehren. Während Klimaschutzkonzepte längst weit verbreitet und erprobt sind, ist die Anpassung ein neues Aufgabenfeld der Stadtentwicklung.

Mit der Vorstudie „Klimawandelgerechte Stadtentwicklung“ im Forschungsfeld Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt), siehe hierzu auch Vorwort zur BBSR-Online-Publikation Heft 22/09, werden Modellvorhaben „Urbane Konzepte zum Klimawandel“ vorbereitet. Diese werden von Ende 2009 bis zum Frühjahr 2012 in den zwei Forschungsschwerpunkten a) Kommunale Strategien und Potenziale und b) Immobilien- und wohnungswirtschaftliche Strategien durchgeführt. Für den kommunalen Teil a) wurden in einer Ausschreibung vom 24.09.2009-30.10.2009 Modellvorhaben gesucht, die noch im Dezember 2009 starten sollen.

Kern der Vorstudie ist die Entwicklung integrierter urbaner Handlungskonzepte zum Klimaschutz und zur Anpassung an Klimaänderungen. Was konkret unter klimawandelgerechter Stadtentwicklung verstanden wird und welche Themenfelder betroffen sind, wurde in der BBSR-Online-Publikation 22/09 „Ursachen und Folgen des Klimawandels durch urbane Konzepte begegnen“ beschrieben. In den nachfolgenden Heften sind die Wirkfolgen des Klimawandels (23/09) sowie Leitbilder (24/09) beschrieben, eine weitere Publikation zu „Climate-Proof-Planning“ erscheint als Nr. 26/09. Diese insgesamt fünf Online-Publikationen fassen diverse unveröffentlichte Expertisen zusammen, mit denen der Wissensstand zum Handlungsfeld klimawandelgerechte Stadtentwicklung aufbereitet wird.

Jenseits aller theoretischen Konzeptionen ist für die Kommunen der praktische Umgang mit Klimaschutz und Klimaanpassung relevant, der in dieser Online-Publikation (Heft 25/09) beschrieben wird. Dabei erfolgt eine „Ex-Post-Analyse kommunaler Klimaschutzkonzepte“, die mit Empfehlungen zu mehr integrierten und strategischen Ansätzen z.B. durch Zielvereinbarungen schließen (Kapitel 4). Zuvor wird dabei der - zumeist recht komplexe - Zugang zu öffentlichen Fördermitteln beschrieben, wobei Klimaanpassung eine Ergänzung bestehender, querschnittsorientierter Förderprogramme benötigt (Kapitel 3). Abschließend erfolgt der Blick über den Tellerrand – die vielzitierten guten Beispiele, und die sich durch die Entwicklung einheitlicher Kriterien besser erschließen lassen (Kapitel 5). Die Empfehlungen sollen in den Modellvorhaben aufgegriffen werden.

Neben dem wissenschaftlichen Anspruch soll die Publikation speziell den lokalen Akteuren Hilfestellung bei der Erarbeitung ihrer Anpassungskonzepte bieten. Konstruktive Anregungen an die Auftragnehmer oder das BBSR sind herzlich

willkommen!

2 Einleitung

Planerisches Handeln ist für die Reduzierung der Vulnerabilität sowie den gezielten Aufbau von Klimaschutz- und Anpassungskapazitäten gegenüber den Einwirkungen des Klimawandels von zentraler Bedeutung (vgl. Stern 2006, IPCC 2007). Dabei werden von der ARGEBAU (2008) Klimaschutz, Klimaanpassung und auch der demographische Wandel als untrennbare Elemente einer integrierten Stadtentwicklung angesehen. Die Herausforderung besteht darin, hier Synergien und Zielkonflikte zu erkennen und in der planerischen Abwägung zu bewältigen.

Der Klimawandel erfordert in den Städten und Stadtregionen demnach eine dreigleisige Strategie. Zum einen müssen Maßnahmen zum Schutz des globalen Klimas (Mitigation) umgesetzt werden. Gleichzeitig müssen Strategien zur Anpassung an die nicht mehr vermeidbaren Folgen des Klimawandels (Adaptation) entwickelt werden. Nicht zuletzt besteht die Aufgabe, die so entstandenen Maßnahmen mit anderen drängenden Aufgaben der nachhaltigen Stadtentwicklung abzustimmen.

Vor diesem Hintergrund zielt das ExWoSt-Projekt „Klimawandelgerechte Stadtentwicklung“ auf eine klimawandelgerechte Stadtentwicklung primär durch integrierte Ansätze zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel mittels planerischer Vorsorge in Stadt und Stadtregion. Damit sollen Modellvorhaben für „Urbane Konzepte zum Klimawandel“ vorbereitet werden, die ab Ende 2009 bis 2012 durchgeführt werden.

Kern der Vorstudie ist die Entwicklung integrierter urbaner Handlungskonzepte zum Klimaschutz und zur Anpassung an Klimaänderungen. Maßstabsebene sind Stadt und Stadtregion, in Einzelfällen auch das Quartier. Thematische Schwerpunkte liegen bei klimawandelgerechter Stadtentwicklung, Anpassung, Infrastruktur, Wasserhaushalt und Hochwasserschutz. Gegenstand sind auch Katastrophen- und Bevölkerungsschutz, demographischer Wandel/ Gesundheitsvorsorge, Naturschutz und Bodenschutz. Baulich-technischer Klimaschutz, etwa im Gebäudebereich oder Wohnungswesen wird nur im Kontext von Maßnahmenkonzepten für das integrierte Gesamtkonzept betrachtet.

Mittelpunkt dieser Publikation bildet die Auseinandersetzung mit der Planungspraxis im Umgang mit Klimaschutz und Klimaanpassung. Die Publikation gibt die wesentlichen Inhalte und Erkenntnisse der Expertisen "Förderprogramme", "Ex-Post-Analyse kommunaler Klimakonzepte" sowie "Best Practice" wieder, die im Rahmen der Vorstudie erarbeitet wurden. Sie konzentriert sich damit auf die Analyse der bestehenden öffentlichen Finanzierungsmöglichkeiten von Maßnahmen, als wesentliche "Initialzündung" freiwilliger Aufgabenbewältigung. Die Rolle als relevante Akteure in der Beschäftigung mit dem Klimawandel wird von den Kommunen bislang nicht überall gleichermaßen

wahrgenommen. Das freiwillige kommunale Engagement ist unterschiedlich ausgeprägt und offenbart dementsprechend verschiedenartig anzutreffende Ziele und Maßnahmen. Der Status-Quo der Planungspraxis wird mittels Analyse kommunaler Klimakonzepte und dem Aufzeigen von Best-practice-Beispielen abgebildet, um Defizite aber auch Ansatzpunkte für zukünftige Strategien und Aktionsprogramme auszuloten.

Folgende weitere Themen sind ebenfalls Gegenstand von zusammenfassenden Online-Expertisen:

- Ursachen und Folgen des Klimawandels durch urbane Konzepte begegnen – Skizzierung einer klimawandelgerechten Stadtentwicklung, BBSR-Online-Publikation Nr. 22/2009,
- Klimawandelgerechte Stadtentwicklung: Wirkfolgen des Klimawandels, BBSR-Online-Publikation Nr. 23/2009,
- Klimawandelgerechte Stadtentwicklung: Leitbilder und Instrumente, BBSR-Online-Publikation Nr. 24/2009,
- Klimawandelgerechte Stadtentwicklung: "Climate-Proof Planning", BBSR-Online-Publikation Nr. 26/2009.

Diese Reihe soll das Grundlagenwissen für eine klimawandelgerechte Stadtentwicklung zusammenfassen.

3 Förderprogramme

Städten und Gemeinden stehen zur Steuerung ihrer Stadtentwicklung im Wesentlichen die eng miteinander verknüpften Ressourcen Geld und Raum zur Verfügung. Doch mehr als 40 % der kommunalen Einnahmearten sind fremdbestimmt u. a. auch über die Förderung von Maßnahmen durch Land, Bund und EU (vgl. Schmidt-Eichstaedt 2002). Eine zunehmende Bedeutung in der Finanzierung kommunaler, stadtentwicklungspolitischer Aktivitäten haben in den letzten Jahren die Zuweisungen von EU, Bund und Land sowie die Förderung von konkreten Projekten und Programmen erhalten.

Freiwillige kommunale Aufgaben zu denen auch der kommunale Klimaschutz zählt, sind in hohem Maß auf externe Förderung angewiesen, um nicht Gegenstand der kommunalen Einsparpolitik zu werden. Klimaschutz umfasst im Wesentlichen Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen sowie zur Verbesserung der Energieeffizienz und ist aufgrund seines Querschnittscharakters in verschiedenen Bereichen kommunalen Handelns verankert (kommunales Energiemanagement, klimabezogene Öffentlichkeitsmaßnahmen, Verkehr, Ver- und Entsorgung und Beschaffungspolitik u.v.a.). EU, Bund, Länder, aber auch Gemeinden und Energieversorger unterstützen die Markteinführung umweltfreundlicher Energietechniken mit einer Vielzahl von Förderprogrammen oder subventionieren die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes.

Fördermittel der EU, des Bundes und der Länder sind in der Lage, Veränderungs- und Anpassungsprozesse einzuleiten und dazu beizutragen, Ansprüche an raumplanerische Konzepte und Prozesse auszuformulieren. Sie beeinflussen damit Städte auf deren Weg zur klimaoptimierten Stadtentwicklung, deren wesentliche Aufgaben sich auf die Bereiche der Steuerung der Siedlungsentwicklung, Bauleitplanung, technische Infrastruktur, Verkehr, sowie Wasserhaushalt/Hochwasserschutz erstrecken. Berührt sind auch die Aufgaben Katastrophen- und Bevölkerungsschutz, Gesundheit, Natur- und Bodenschutz.

Förderung zählt zu den indirekt wirkenden Instrumenten staatlichen Handelns, über die der Staat auf die räumliche, aber auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Einfluss ausüben kann. Die bislang oft sektoral ausgerichteten, klimaschutzbezogenen Förderprogramme konzentrierten sich meist auf die spezifischen Belange ihres Ressorts. Erst auf der kommunalen Ebene können sowohl Klimaschutz- aber vor allem auch Anpassungsmaßnahmen konkret umgesetzt werden. Zentrale Anpassungsstrategien sind dabei der vorsorgende Hochwasserschutz, Gebäudeschutz und Bauvorsorge, Betrieb und Ausbau von Infrastrukturen, die Einrichtung und der Erhalt von Frischluftschneisen zur Sicherung der städtischen Belüftung und des Temperaturausgleiches sowie Maßnahmen der Sturmsicherung. Der Klimawandel erfordert

Anpassung, die insbesondere finanziell von Städten und Gemeinden nicht alleine bewältigt werden kann. Während Anpassungsmaßnahmen selbst meist investiver Art sind, ist eine finanzielle, konzeptionelle Unterstützung für die Entwicklung notwendiger Strategien, die Schaffung eines öffentlichen Bewusstseins und die Begleitung des Umsetzungsprozess notwendig.

3.1 Aufgabe und Ziel der Expertise Förderprogramme

Aufgabe der Expertise ist die Beschreibung und Analyse bestehender administrativer Förderprogramme, die geeignet sind, kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen finanziell zu unterstützen. Die Analyse des bestehenden Förderinstrumentariums konzentriert sich dabei sowohl auf unmittelbare, als auch auf mittelbar klimabezogene Elemente in Förderprogrammen, die querschnittsorientierte, aber auch sektorale Klimastrategien als ein mögliches Ergebnis oder als Fördervoraussetzung hervorbringen können. Es wird die Perspektive der Kommunen in ihrer Funktion als Empfängerin, aber auch als Informantin gegenüber ihrer Öffentlichkeit eingenommen. Einleitend setzt sich die Expertise zunächst mit der Struktur und den unmittelbar klimarelevanten Förderprogrammen der EU und anschließend mit den integrierten Programmen auseinander. Integrierte Programme beziehen sich nur mittelbar auf Strategien im Umgang mit dem Klimawandel. Sie fördern Projekte und Konzepte, die Klimawandel als Mainstream begünstigen können (so im Rahmen der Städtebauförderung oder Integrierter Ländlicher Entwicklungskonzepte). Es folgt eine Auseinandersetzung mit klimarelevanten Programmen auf Bundes- und Landesebene, die sowohl direkte als auch indirekte Finanzierungsmöglichkeiten aufzeigt. Abschließend werden notwendige Förderberatung und der Kenntnistransfer von Förderungen thematisiert.

Für die Durchführung von kommunalen Projekten ist deren Finanzierung sehr entscheidend. Direkte und indirekte Finanzierungsinstrumente sind vorhanden und können bei der Umsetzung genutzt werden, soweit Kenntnisse über deren Existenz und deren Anwendungsspielraum bestehen. Problematisch bei der Suche nach geeigneten Finanzierungen ist häufig der Überblick über die Förderlandschaft, mit ihren Programmen und Zuständigkeiten, aber auch Zusammenhängen.

Die Expertise Förderprogramme soll:

- mögliche Finanzierungsmöglichkeiten für Strategien im Umgang mit dem Klimawandel aufzeigen und Zusammenhänge in der Förderpolitik erläutern,

- beeinflussende Faktoren im Hinblick auf eine Verbesserung der Umsetzung vor Ort identifizieren und
- bestehende Förderprogramme, Datenbanken und ausgewählte Wettbewerbe aufbereiten, um den Kommunen einen Wegweiser durch den "Förderdschungel" zur Verfügung zu stellen.

3.2 Förderprogramme der EU, des Bundes und der Länder

Sowohl die europäische Ebene als auch Bund und Länder haben in den letzten Jahren verstärkt Programme aufgelegt, Wettbewerbe ausgelobt und Modellvorhaben initiiert, die direkt oder indirekt klimapolitische Fragestellungen und Projekte betreffen. In Abhängigkeit von einer beratenden, umsetzenden oder als Vorbild fungierenden Funktion (siehe hierzu auch Expertise Leistungspotenziale der Stadtentwicklung, BBSR-Online-Publikation 22/09) sind entsprechende überörtliche Finanzierungsquellen mittelbar oder unmittelbar interessant.

Finanzielle Begünstigungen des Staates dienen einerseits dazu, Bedarfe zu decken und Handlungsfähigkeit wieder herzustellen und andererseits bestimmte Entwicklungen, Handlungen und Planungen zu initiieren und zu motivieren. Bochnig und Selle kategorisieren für den Bereich der Stadterneuerung reaktive (Förderung des Erhalts bzw. der Wiederherstellung) und persuasive/anreizende Fördermittel (vgl. Bochnig und Selle 1993).

Öffentliche Fördermittel werden nicht automatisch gewährt, sondern müssen beantragt werden. Förderrichtlinien geben Auskunft über formale Kriterien wie den Zuwendungsempfänger, Bedingungen der Antragstellung, Finanzierungsart und -höhe, Verfahrensablauf, aber auch über die Zielsetzung der Förderung. Die üblichen Förderarten in einschlägigen Programmen sind Zuschuss, Darlehen, Bürgerschaft, Beteiligung und Garantie.

Auf die Mehrzahl der Begünstigungen besteht kein Rechtsanspruch mit Ausnahme von steuerlichen Vergünstigungen und Einspeisevergütungen. Mangels eindeutiger Definitionen werden die hier interessierenden öffentlichen Fördermittel, als Geldsummen verstanden, die Dritten¹ nach einem erfolgreichen Antragsprozess gewährt werden. Solange die Bedingungen für die Fördermittel eingehalten werden müssen gewährte Mittel i. d. R. nicht zurück- und auch keine Zinsen gezahlt werden. Ausnahmen bilden hier die als Darlehen gewährten Gelder.

¹ U. a. öffentliche und private Unternehmen, Privatpersonen, Vereine und Verbände sowie Kommunen.

Abzugrenzen von öffentlichen Fördermitteln sind die in dieser Expertise nicht thematisierten Subventionen und damit "Transferzahlungen der öffentlichen Hand an Unternehmen oder private Haushalte in Form von Geldmitteln oder geldwerten Sach- und Dienstleistungen, denen keine marktliche Leistung gegenübersteht..." (Schulz 2001: 431).

EU-Programme

Ein Hauptziel der Europäischen Gemeinschaften ist die Herstellung der territorialen Kohäsion, d.h. gleiche Entwicklungschancen in all ihren Teilräumen zu gewährleisten. "Die Erreichung dieses Ziels kann durch die Anpassung an den Klimawandel gefährdet werden, weil die Anpassungsnotwendigkeiten sich in den unterschiedlichen Teilräumen höchst unterschiedlich darstellen und folglich die bestehenden Ungleichheiten noch verschärfen können" (ARL 2007: 9).

Insgesamt hat die EU zahlreiche eigene oder geteilte Kompetenzbereiche mit Bezug zum Themenfeld Klimaschutz einerseits, aber auch mit raumwirksamen Bezügen und städtischer Relevanz sowie Klimaanpassungserfordernissen andererseits. Sie stellt einen bedeutenden Fördermittelgeber für städtische und regionale Aktivitäten dar. Die europäischen Fonds mit ihren entsprechenden Verordnungen und Aktionsprogrammen offerieren vielen Akteuren die Möglichkeit, interessante Aktivitäten zu initiieren und zu finanzieren oder bestehende Projekte um eine europäische Dimension zu erweitern. Alle EU-geförderten Projekte müssen kofinanziert werden, da die europäische Kommission nur Zuschüsse gewährt. Die Entscheidung über Vorhaben und Projektanträge liegt bei der Europäischen Kommission oder bei europäischen bzw. nationalen Einrichtungen, die mit der Verwaltung dieser Fördermittel betraut sind.

Die von der europäischen Ebene ausgelobten Programme bedingen i. d. R., dass Partner aus mindestens drei EU-Mitgliedstaaten zusammenarbeiten. Gefördert werden Vorhaben und Projekte, die neue und innovative Ideen zur Lösung von kommunalen Problemen enthalten und vorbildhaft für andere Kommunen sind. Ziel der europäischen Kommission ist die Förderung von Erfahrungs- bzw. Praxisaustausch und Know-how-Transfer innerhalb der EU.

Das **sechste Umweltaktionsprogramm (UAP)** dient der Umsetzung der EU-Strategie zur nachhaltigen Entwicklung. Eines der Ziele des 6. UAP in den vier Schwerpunktbereichen ist der Klimaschutz. Weitere Schwerpunktbereiche sind biologische Vielfalt, Umwelt und Gesundheit sowie natürliche Ressourcen und Abfallwirtschaft. In der Fortentwicklung zum 5. Umweltaktionsprogramm wird ein besonderer Fokus darauf gelegt, Beteiligte und die Öffentlichkeit stärker in die Umsetzung einzubeziehen. Darüber hinaus sind erstmalig thematische Strategien festgelegt worden, die die politischen Ziele konkretisieren. Es handelt sich um die Themen Bodenschutzstrategie der Gemeinschaft, Pestizide, Luftverschmutzung,

Strategie für ein nachhaltiges Ressourcenmanagement, Strategie für das Abfallrecycling und Schutz der marinen Umwelt. Die EU-Generaldirektion Umwelt stellt für einzelne Maßnahmen Fördermittel zur Verfügung, so werden Umweltschutzorganisationen oder Maßnahmen zur Förderung der nachhaltigen Stadtentwicklung unterstützt. Das bekannteste Programm ist EU-LIFE, welches seit 1992 existiert.

Financial Instrument for the Environment (LIFE+) ist das einzige EU-Förderprogramm, das sich ausschließlich der Umsetzung von gemeinschaftlicher Umweltpolitik widmet. Dieses Finanzierungsinstrument für öffentliche und private Einrichtungen dient dem Klimaschutz, dem Erhalt der biologischen Vielfalt, der Minimierung schädlicher Umweltauswirkungen sowie dem nachhaltigen Umgang mit Ressourcen. Die Finanzausstattung für die Durchführung von LIFE+ beträgt für den Zeitraum vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2013 insgesamt 2,143 Milliarden Euro. Mindestens 78% der zur Verfügung stehenden Mittel werden für Zuschüsse zur Projektförderung verwendet. Davon werden wiederum mindestens 50% für Maßnahmen zur Unterstützung der Erhaltung der Natur und der biologischen Vielfalt eingesetzt. Die Verteilung der Mittel auf die Mitgliedstaaten erfolgt im Verhältnis zur Bevölkerung sowie zur Gesamtfläche der „Natura 2000“-Gebiete des Mitgliedstaats. Die Höhe der Förderung beträgt in der Regel 50%, in Ausnahmefällen bis zu 75% der zuwendungsfähigen Kosten.

- *Anträge, auch von Kommunen können gestellt werden in den Teilbereichen*
- *Natur & biologische Vielfalt,*
- *Umweltpolitik und gute Verwaltungspraxis,*
- *Information und Kommunikation.*

Im zweiten Teilbereich wird auch die Erarbeitung von strategischen Konzepten für die Ausarbeitung, Umsetzung und Durchsetzung von Maßnahmen einschließlich der Bereiche Klimaänderung, Umwelt, Gesundheit und Lebensqualität sowie natürliche Ressourcen und Abfälle gefördert. Das Programm bietet sowohl Ansatzpunkte für eine Förderung von Klimaschutzstrategien als auch zur Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen im Bereich des Naturschutzes, der Land- und Forstwirtschaft und des Gewässerschutzes.

Das EU-Programm **Intelligente Energie – Europa II (IEE II)** liefert einen Beitrag zur Umsetzung einer mittel- bis langfristigen Energiestrategie insbesondere auf lokaler/regionaler Ebene. Das Programm will Akteure (öffentlich-rechtliche Organisationen, Körperschaften, Verbände, Kommunen, Entscheidungsträger, Erzeuger, Berufsverbände, Lehrkräfte, Verbraucher) sensibilisieren und zum Handeln aktivieren, einen Austausch von Erfahrung und

Know-how sowie deren Anwendung fördern. Darüber hinaus werden Maßnahmen, die Investitionen für neue aber bereits auf dem Markt vorhandene Technologien anstoßen, antreiben und beschleunigen, gefördert. Gleichzeitig dient es der Verbreitung vorbildlicher Verfahren im Bildungswesen. Die drei Teilbereiche des Programms beschäftigten sich mit:

- Energieeffizienz und rationelle Energienutzung (SAVE),
- neue und erneuerbare Energiequellen (ALTENER),
- Energie im Verkehrswesen (STEER).

Da sich das Programm im Wesentlichen auf die Förderung von Energieprodukten und Energiesystemen konzentriert, werden Kommunen hier in erster Line als Adressat von Modellvorhaben oder Kooperationspartner adressiert. Beispielhaft sei hier das unter deutscher² Leitung stehende Projekt "Identification and Mobilization of Solar Potentials via Local Strategies (POLIS)" erwähnt, dessen Ziel die Umsetzung der strategischen Stadtplanung und lokaler politischer Maßnahmen zur Aktivierung der Solarfähigkeit von städtischen Strukturen in europäischen Städte ist. Gefördert werden auch lokale oder regionale Agenturen für Energiemanagement mit einem Höchstbetrag von 250.000 Euro. Maximale Höhe der Finanzierung sind 75 % der förderfähigen Projektgesamtkosten.

In der Regel stellt bereits das Ausfüllen von EU-Anträgen aufgrund z. T. englischsprachiger Anforderung, eines hohen formellen Anspruches (spezifische Antragsformulare) und des Umfangs eine große Herausforderung für Kommunen dar. Darüber hinaus sind die Anträge besonders zu qualifizieren.

"Gute Anträge" stellen in jedem Fall besonders heraus:

- den innovativen Charakter,
 - die europäische Dimension,
 - den Vorbild- /Demonstrationscharakter (Übertragbarkeit auf andere Kommunen),
 - die möglichst weite Verbreitung der Projektergebnisse,
 - den Beitrag zur Verwirklichung politischer Prioritäten der EU"
- (Europabüro der sächsischen Kommunen 2008: 28).

² Ein Kooperationsprojekt des Klima-Bündnis. Mit Projektpartnern aus Schweden, Spanien, Portugal und Frankreich.

Integrierte Programme

Integrierte Förderprogramme werden im Kontext der Expertise thematisch verstanden, d.h. es werden Finanzierungsmöglichkeiten für klimagerechte Stadtentwicklungsstrategien betrachtet, die sich sowohl mit Fragen des Klimaschutzes als auch der Klimaanpassung auseinandersetzen. Dabei wird der Fokus auf klassische stadtentwicklungspolitische Handlungsfelder wie Siedlungsentwicklung, Städtebau- und Stadtgestalt, Grün- und Freiflächenentwicklung, Wirtschaft, Tourismus, Verkehr und Kultur/Denkmalpflege gelegt.

Seit der Föderalismusreform 2006 besteht neben der Gemeinschaftsaufgabe **"Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK)**, die der Land- und Forstwirtschaft dient, die **Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW)**.

Zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes haben Bund und Länder das Gemeinschaftsprogramm GAK aufgelegt, das auch die EU-Mittel kofinanziert. Zwar ist die Agrarstrukturpolitik originäre Aufgabe der Länder, jedoch wirkt der Bund bei der Aufgabenerfüllung und Finanzierung aufgrund der Bedeutung der Agrarstrukturen für die Gesamtheit des Staates und der Lebensverhältnisse mit. Auf Basis der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) haben die Bundesländer Förderinstrumente zur Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung und der Landwirtschaft entwickelt, die sich besonders den Zielen einer umweltschonenden Landwirtschaft und der nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums widmen. Für die Durchführung der Förderung sind die jeweiligen Bundesländer zuständig, die auch die förderfähigen Projekte auswählen, Schwerpunkte setzen und die Fördermittel auf bestimmte Projekte, Branchen oder Regionen konzentrieren. Zuständig sind die Wirtschaftsministerien bzw. die Förder- oder Aufbaubanken der Länder. Die Richtlinien der Länder formulieren Rahmenbedingungen und Fördervoraussetzungen. Im Rahmen der entsprechend ausgestalteten Landesprogramme³ findet sich eine Reihe von Finanzierungsoptionen, insbesondere für Klimaanpassungsmaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft, von Natur und Landschaft, Hochwasserschutz und der Siedlungsentwicklung. Die Programme zur ländlichen Entwicklung bieten Kommunen im ländlichen Raum eine besondere Chance, Klimaschutz und Klimaanpassung noch stärker auf der lokalen Ebene zu verankern und Synergieeffekte auch für die Stadtentwicklung zu erzielen. Strategien zur Klimaanpassung und Klimaschutz dienen dem übergreifenden Ziel der GAK, der Sicherung und Entwicklung der ländlichen Räume als Lebens-, Arbeits-, Erholungs- und Naturräume.

³ Auf Landesebene findet sich für diese Aufgabe unterschiedliche Bezeichnungen wie bspw. Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) und LEADER (Brandenburg), Ländliche Entwicklung (Bayern) und Förderung einer integrierten ländlichen Entwicklung (Nordrhein-Westfalen).

Die **Gemeinschaftsaufgabe GRW** gliedert sich in zwei Förderbereiche:

- Investitionsvorhaben der gewerblichen Wirtschaft einschließlich der Tourismuswirtschaft: Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ - Förderung der gewerblichen Wirtschaft (GA-G)
- Touristische und wirtschaftsnahe Infrastruktur: Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ - Förderung der wirtschaftsnahen kommunalen Infrastruktur (GA-I).

Zunächst sind gemäß Art. 30 GG die Länder für die wirtschaftliche Entwicklung in ihren Regionen verantwortlich. Der Bund nimmt jedoch eine Mitverantwortung für eine bundesweite, ausgeglichene Entwicklung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe (GA) wahr und stellt somit die geordnete Regionalförderung in Deutschland sicher. Mit Haushaltsmitteln der Gemeinschaftsaufgabe GRW können Vorhaben der gewerblichen Wirtschaft gefördert werden, durch die die Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft gestärkt und neue Arbeitsplätze geschaffen bzw. vorhandene Arbeitsplätze gesichert werden. Förderungsgegenstand können klimaanpassungsbedingte Veränderungen von touristischen Arbeitsplätzen ebenso sein wie Personalkosten in klimabezogenen Projekten und Anpassungsmaßnahmen.

Das zu fördernde Gebiet der Gemeinschaftsaufgabe GRW ist auf strukturschwache Regionen beschränkt, die sich flächendeckend in den neuen Ländern und Berlin sowie in ausgewählten strukturschwachen Regionen der alten Länder wiederfinden. Die Fördergebiete sind in vier Kategorien abgestuft (A- bis D-Fördergebiet), die unterschiedliche Förderhöhen zur Folge haben. Zum Teil werden zusätzlich Mittel aus dem Europäischen Fond für regionale Entwicklung (EFRE) integriert, da die GA einen Koordinierungsrahmen für andere raumwirksame Politikbereiche darstellt.

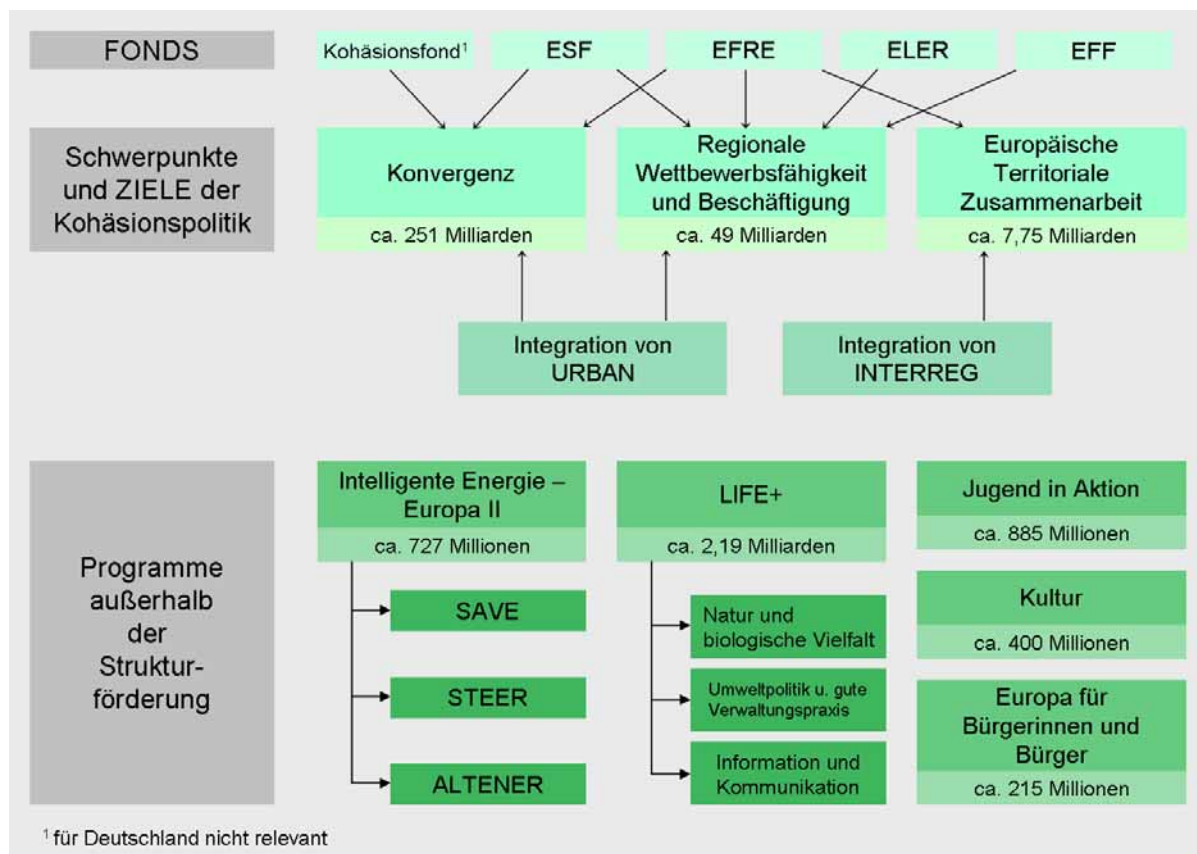
Im Rahmen der seit 2007 neu ausgerichteten Strukturpolitik existieren drei Strukturfonds, der Europäische Fonds für die regionale Entwicklung (EFRE), der Europäische Sozialfonds (ESF) und der Kohäsionsfonds (Deutschland erhält hieraus keine Mittel), die die unterschiedlichen Schwerpunkte und Ziele der Kohäsionspolitik im Zeitraum von 2007 bis 2013 finanzieren (vgl. Abbildung 1).

Seit 2007 ist der **Europäische Fischereifonds (EFF)** als ein Instrument der Gemeinsamen Fischereipolitik ausgerichtet auf die künftigen Bedürfnisse der Fischerei und Aquakultur in Europa und zählt damit nicht zu den Strukturfonds. Mindestens der Förderschwerpunkt "Umweltschutzmaßnahmen in der Aquakultur" weist eine Relevanz auch im Bereich der Klimaanpassung auf.

In den mit der EU-Förderperiode 2007-2013 neu konzipierten Fond zur Entwicklung ländlicher Räume (ELER) ist der bis dahin noch selbständige

Europäische Garantiefond für die Landwirtschaft (EGL) eingeflossen (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: EU-Finanzierungsinstrumente und Schwerpunkte in 2007 bis 2013



(Quelle: Eigene Darstellung)

Die Europäischen Fonds stellen für ihre Mitgliedsstaaten und für die festgelegten Ziele in der laufenden Förderperiode ein bestimmtes finanzielles Volumen zur Verfügung. In der neu ausgerichteten Förderung erlangen sowohl das Thema Klima als auch die städtische Dimension eine besondere Bedeutung. "Besonders wichtig sind z. B. Projekte in den Bereichen Qualifikation, Wirtschaft, Innovation, Infrastruktur und Klima sowie demographischer Wandel" (Staatskanzlei des Landes Brandenburg 2008: 8). In seinem Bericht zur städtischen Dimension der Kohäsionspolitik im neuen Programmplanungszeitraum begrüßt das Europäische Parlament die weitergehende und stärkende Implementierung der nachhaltigen Stadtentwicklung. "Außerdem bringen integrierte Stadtentwicklungspläne nur dann Fortschritte, wenn ausreichende Ressourcen zur Verfügung stehen" (Vlasák und Oldřich 2009).

ELER ist in der laufenden Förderperiode nunmehr ein Instrument der Gemeinsamen Agrarpolitik und gehört nicht zu den Strukturfonds im engeren

Sinne. Er fördert in besonderem Maße die interkommunale Zusammenarbeit und gemeinsame, regionale Entwicklung von Kommunen, vorwiegend im ländlichen Raum. Insbesondere die landesspezifische Umsetzung der ELER-VO ist geeignet, Maßnahmen der Klimaanpassung zu finanzieren.

Abbildung 2: Achsen der ELER-VO



(Quelle: Fries 2006)

Während die Achsen sehr stark thematisch oder sektoral orientiert sind, fordert die LEADER-Achse keinen direkten Bezug zu einem Ziel, sie ist übergreifend. **LEADER** ist kein eigenständiges Programm, sondern in die Mainstreamförderung integriert. Die Umsetzung der LEADER-Initiative fordert eine lokale Entwicklungsstrategie und innovative Ansätze vor Ort. LEADER-Initiativen bieten gerade Kommunen im ländlichen Raum eine besondere Chance, Klimaschutz und Klimaanpassung noch stärker auf der lokalen Ebene zu verankern und Synergieeffekte auch für die Stadtentwicklung zu erzielen.

In Deutschland bildet die Gemeinschaftsaufgabe GAK den inhaltlichen und finanziellen Kern vieler Länderprogramme. Sie enthält eine Bandbreite von Agrarstruktur- und Infrastrukturmaßnahmen und deckt damit in weiten Teilen den Anwendungsbereich der ELER-Verordnung ab. Im Gegensatz zu den GAK-Mitteln, die vorrangig zu Sicherung und Verbesserung der Agrarstruktur im ländlichen Bereich eingesetzt werden, sind im Rahmen der ELER-VO auch andere Bereiche wie Landschaftspflege, Tourismus sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Diversifizierung in den Mittelpunkt förderfähig. Kommunen können die ELER-Mittel auch zur Kofinanzierung der GAK-Maßnahmen nutzen. Die Finanzierungsprogramme zur ländlichen Entwicklung der einzelnen Bundesländer setzen sich meist aus ELER- und GAK-Mitteln zusammen. Aufgrund der z. T. unterschiedlichen Schwerpunkte wird der Anwendungsbereich erweitert und bietet

gerade für Kommunen Finanzierungsmöglichkeiten für Klimaschutz- und Anpassungsstrategien im Landschafts-, Natur- und Hochwasserschutz, aber auch für kulturlandschafts- oder denkmalschutzbezogene Maßnahmen.

Gemeinschaftsinitiativen wie URBAN und INTERREG sind mit der neuen Förderperiode in die Zielprogramme der jeweiligen Strukturfonds integriert worden (vgl. Abbildung 1, S.14). Im Rahmen des seit 2007 fortgeführten INTERREG IV werden grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Vorhaben gefördert. Im INTERREG-Projekt beispielsweise werden Maßnahmen, die sowohl der Anpassung an den Klimawandel als auch dem Klimaschutz dienen, zusammen geführt (vgl. www.amica-climate.net). Charakteristisch für die Gemeinschaftsinitiativen ist insbesondere der weite Förderrahmen, der die Kofinanzierung aller möglichen kommunalrelevanten Projekte im Bereich der Stadtentwicklung, die Integration von Bürgerinnen und Bürgern, Regionalentwicklung und Existenzgründung möglich macht.

Mit der Förderperiode 2007-2013 wurde die Gemeinschaftsinitiative URBAN in die Regelförderung (Mainstream) der EFRE-Operationellen Programme integriert. Zur finanziellen Förderung sind auf Grundlage der EFRE-Förderung Integrierte Stadtentwicklungskonzepte erforderlich, die eine ganzheitliche Kombination von:

- Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung
- Aus- und Weiterbildung (ESF)
- Physische Stadtentwicklung und Anpassung der Basisinfrastruktur sowie
- Soziale Integration und kulturelle Maßnahmen sowie
- ökologischer Nachhaltigkeit aufweisen.

In manchen Bundesländern ist über die erforderlichen, operationellen Programme die Förderung als Wettbewerb um die besten Konzepte ausgelegt (so in NRW-siehe Landesprogramme). Die Beteiligung aller relevanten städtischen Akteure ist zwingend erforderlich. Die Philosophie der Gemeinschaftsinitiative URBAN wird bspw. in den Ziel 2-Programmen der Länder fortgeführt. Die Fördergelder dienen dem Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse und stehen hierbei ausschließlich strukturschwachen Teilgebieten zur Verfügung.

Mit insgesamt knapp 570 Mio. Euro (vgl. VV Städtebauförderung 2009) stellt der Bund den Ländern zur Förderung städtebaulicher Gesamtmaßnahmen beträchtliche Mittel für Sanierung und Städtebau zur Verfügung. Gemeinsam mit den Bundesfinanzhilfen stellen die Länder im Rahmen der **Städtebauförderung** Mittel für Maßnahmen der Sozialen Stadt, über die Stadtumbauprogramme bis hin zum Denkmalschutz und Sanierungs- und Entwicklungsaufgaben bereit. "Darüber hinaus muss die Städtebauförderung aber auch weiterhin flexibel auf neue

Problemstellungen reagieren. Dies gilt aktuell vor allem für den städtebaulichen Beitrag zu Klimaschutz und Klimaanpassung. Schließlich ist es wichtig, auch die EU-Strukturfonds für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu nutzen" (Stadtentwicklungsbericht 2008: 9).

Die integrierten Programme bieten mannigfache Ansatzpunkte, zur Kofinanzierung von Maßnahmen der kommunalen Klimaschutzaktivitäten und Klimaanpassung in Abstimmung mit Erfordernissen der räumlichen Entwicklung.

Bundesprogramme

Bund und Länder fördern Klimaschutz in Form von Energieeinsparungsmaßnahmen und Anwendung erneuerbarer Energien über verschiedene Förderprogramme mittels Zuschüssen oder als Darlehen. Die Förderung von Anpassungsmaßnahmen ist in erster Linie Gegenstand von sektoralen oder integrierten Programmen.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) stellt im Rahmen der **Klimaschutzinitiative** Mittel⁴ für die Erstellung von kommunalen Klimakzepten sowie eine begleitende Beratung bei der Umsetzung und Anwendung von gewählten Strategien und Maßnahmen zur Verfügung (Servicestelle Kommunaler Klimaschutz; eingerichtet beim Deutschen Institut für Urbanistik). Die Initiative richtet sich insgesamt an Verbraucher, Wirtschaft, Kommunen sowie an soziale und kulturelle Einrichtungen. Ziele der unter der Initiative firmierenden bundesweiten Förderprogramme und Einzelprojekte sind die

- gezielte Förderung verfügbarer klimafreundlicher Technologien,
- die Demonstration und Verbreitung zukunftsweisender Klimaschutztechnologien anhand von Modellprojekten sowie
- die Identifizierung und der Abbau von Hemmnissen, die die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen bisher verhindert haben (vgl. Webseite BMU).

Bislang sind im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative sechs Förderprogramme veröffentlicht worden:

1. Förderprogramm für Kommunen, soziale und kulturelle Einrichtungen,
2. Klimaschutz-Impulsprogramm für Mini-KWK-Anlagen,
3. Klimaschutz-Impulsprogramm für gewerbliche Kälteanlagen,

⁴ Für 2008: 400 Mio. €, für 2009: 460 Mio. €.

4. Programm zur Förderung der energetischen Biomassenutzung
5. Erweiterung des Marktanreizprogramms und
6. Förderprogramm zur Weiterentwicklung der nationalen Klimaschutzinitiative.

In der ersten Förderausrichtung werden Sach- und Personalkosten für die Erstellung von umfassenden Klimaschutzkonzepten und von Teilkonzepten (wie integrierte Wärmenutzungskonzepte oder Klimaschutzkonzepte für Liegenschaften) gefördert. Außerdem kann im Rahmen der Projektförderung ein "Klimaschutzmanager" beantragt werden, der bei der Umsetzung der Klimaschutz- oder Teilkonzepte berät und unterstützt. Die Notwendigkeit der in Expertise "Ex-Post-Analyse kommunaler Klimakonzepte" (vgl. Kapitel 4, S.33 ff.) aufgezeigten Unterstützung in der Umsetzung von Klimaschutzstrategien wird durch die erstmalige, konzeptbegleitende Förderung von Personalkosten im Klimaschutz unterstrichen. In einem Zeitrahmen von bis zu drei Jahren sind Personalkosten pro Jahr und Mitarbeiter von maximal 70.000 € (+ angemessene Sachkosten) förderfähig.

Während sich die 6. Ausrichtung (Förderprogramm zur Weiterentwicklung der nationalen Klimaschutzinitiative) an die Wissenschaft richtet, kann die Kommune je nach Rolle im Klimaprozess in den anderen Programmen als Antragstellerin auftreten. Hier ist in besonderem Maße (bspw. über die Impulsprogramme) auch die Förderung von Klimaanpassungsmaßnahmen vorstellbar. Im 5. Programmteil werden im Rahmen der Förderung von Maßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien im Wärmemarkt (Marktanreizprogramm) besonders förderwürdige größere Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien gefördert. Mit direkten Subventionen und Steuernachlässen wird u. a. der Einbau von Solarthermieanlagen und Wärmepumpen unterstützt. Adressat der Anträge ist das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA).

Neben den sechs Förderausrichtungen unterstützt das BMU auch Einzelprojekte zum Klimaschutz. Zu nennen sind hier bereits:

- Verbraucherzentralen: "Informationsoffensive zum Klimaschutz",
- Klimaschutz in Schulen und Bildungseinrichtungen,
- Unternehmen: Produktionsprozesse klimaschützender gestalten,
- weitere Forschung für erneuerbare Energien (so zum Beispiel die Planung, Bau und Betrieb des ersten deutschen Offshore-Windparks "Alpha Ventus,
- Umweltinnovationsprogramm,

- Wettbewerb: Kommunale Klimaschutzkonzepte.

Der Bund hat mit der 2008 gestarteten **Klimaschutzinitiative** einen großen Schritt zur notwendigen Bündelung und Effektivierung von Fördermöglichkeiten zum kommunalen Umgang mit dem Klimawandel getan. Die Nutzung und der optimale Einsatz der vielfältigen Möglichkeiten obliegt der Kommune. Es ist zu begrüßen, dass der Bund seinen Kommunen mit der Servicestelle "Kommunaler Klimaschutz" eine beratende Institution zur Seite stellt. Die enorme Bandbreite der Finanzierungsoptionen zeigt, dass Kommunen Mittel für eigene, investive und nichtinvestive Maßnahmen in Anspruch nehmen können. Gleichwohl wird auch deutlich, dass Kommunen innerhalb ihres Wirkungskreises als Motivator für die Nutzung bestehender Fördermöglichkeiten zur Umsetzung von Projektideen mittels weiterer Akteure fungieren müssen.

KfW-Förderung

Die energetische Sanierung des vorhandenen Gebäudebestandes und Verbesserung der Energiebilanz von Neubauten sind wesentliche Klimaschutzziele des Bundes. Die KfW Förderbank (finanziert über 80 % Bund und 20 % Länder) hat sich mit mindestens drei großen Finanzierungsinstrumenten auf das Erfordernis von Energieeinsparpotenzialen im Gebäudebestand konzentriert. Unterstützt werden mittels zinsverbilligter Kredite und Zuschüsse private Wohneigentümer, kleine und mittlere Unternehmen sowie Kommunen und deren Einrichtungen. Die KfW-Förderbank hat ihr Fördersystem zum 1. April 2009 umgestellt. Die bisherigen Programme zur Verbesserung der Energieeffizienz sind nun gebündelt. Differenziert wird nur noch nach Sanieren und Bauen. Das neue Programm "**Energieeffizient sanieren**" ersetzt die bisherigen Programme "*CO₂-Gebäudesanierung*" und "*Wohnraum modernisieren Öko Plus*". Der bisherige Fördertopf "*Ökologisch Bauen*" wird abgelöst durch "**Energieeffizient bauen**". Es gilt, je besser die Energiebilanz desto günstiger sind die Kredite (vgl. Schlüter 2009: 7). Die umfangreichen Angebote der KfW-Bank können insgesamt grob unterteilt werden in (vgl. hierzu auch www.kuk-nds.de):

- Finanzierung kommunaler Infrastrukturvorhaben (Hierin enthalten Förderkredite für Investitionen in die kommunale Infrastruktur, für die energetische Gebäudesanierung (Baujahr bis 1.1.1990) von Schulen, Schwimmhallen, Kindertagesstätten und Gebäuden der Kinder- und Jugendarbeit).
- Finanzierung von Umweltinvestitionen (Vorgesehen für Demonstrationsvorhaben in großtechnischem Ausmaß zur Aufzeigung der Verminderung von Umweltbelastungen sowie der Nutzung erneuerbarer Energien im Wärmemarkt),

- Bauen, Wohnen und Energie sparen (Gefördert werden Energiehäuser, Passivhäuser und der Einbau von Heizungstechnik auf Basis erneuerbarer Energien, KWK und Nah-/Fernwärme, Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Minderung des CO₂-Ausstoßes in Wohngebäuden, CO₂-Minderungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Wohnbestand).

Im Rahmen des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms, subsumiert nunmehr unter der Förderausrichtung "**Energieeffizient sanieren**" der KfW-Förderbank, werden Kommunen und privaten Trägern von Schulen und Kindertagesstätten zinsverbilligte Kredite für die energetische Modernisierung der sozialen Infrastruktur angeboten. Kommunen, die sich in einer schwierigen Haushaltssituation befinden, können sich an diesem Kredit-Programm nicht oder nicht im erforderlichen Umfang beteiligen, um den aufgelaufenen Investitionsstau von öffentlichen Gebäuden abzubauen. Zur Unterstützung der finanzschwachen Kommune hat die Bundesregierung den Investitionspakt Bund-Länder-Kommunen zur energetischen Gebäudesanierung aufgelegt. Der Bund beteiligt sich mit 1/3 an den förderungsfähigen Kosten, Land und Kommunen finanzieren den verbleibenden Anteil. Der kommunale Anteil kann bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen auch kreditfinanziert werden (z. B. mittels eines KfW-Kommunalkredits). Der Investitionspakt begann im Jahr 2008. **Der hohe kommunale Bedarf äußert sich in der 11fachen Überzeichnung von bewilligungsfähigen Anträgen im Jahr 2008.** Der Investitionspakt wurde im Jahr **2009** mit 300 Mio. Euro (Verpflichtungsrahmen) fortgeführt. Damit könnten in den Kommunen Investitionen von bis zu 900 Millionen Euro angestoßen werden.⁵

Als besondere Form der Förderung ist auf Bundesebene noch das **Erneuerbare-Energiengesetz (EEG)** zu erwähnen, das Betreibern von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien eine Einspeisevergütung sichert. Gefördert wird der Anschluss von Wasserkraft, Deponie-, Klär-, und Grubengas, Biomasse, Geothermie, Windenergie an Land, Windenergie Offshore und solare Strahlungsenergie.

Länderprogramme

Bundesweit erhebliche Energieeinsparpotenziale liegen im Gebäudebestand. Die Optimierung der energetischen Sanierungen und die Erhöhung der Sanierungstätigkeit im Wohnungsbestand stellen einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz dar, der bereits von allen Bundesländern, aber auch vielen Städten

⁵ www.bmvbs.de (Stand: 15.11.2009)

oder auch Energieversorgungsunternehmen intensiv unterstützt wird. Exemplarisch werden in diesem Abschnitt die Förderaktivitäten der Bundesländer Bayern, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg vorgestellt.

Bayern

Der Bayerische Ministerrat hat am 24.4.2007 beschlossen, das Bayerische Klimaschutzprogramm aus dem Jahr 2000 (novelliert im Jahr 2003) zu einem „**Klimaprogramm Bayern 2020**“ fortzuschreiben (vgl. Bayrische Staatsregierung 2007). Mit diesem Programm versucht das Land Bayern, die Bundes- und EU-weiten Aktivitäten gezielt zu ergänzen und zu verstärken. Neben den politischen Zielsetzungen zur Minderung von Treibhausgasen sind Finanzierungsinstrumente zur Anpassung an den Klimawandel und zur Forschung und Entwicklung vorhanden.

Das Programm umfasst ein Bündel an Maßnahmen, die einer Kosten-Nutzen-Abwägung und einem Abgleich mit nationalen Maßnahmen unterzogen wurden, um Finanzmittel effizient und mit größtmöglicher Wirkung einzusetzen.

- Bayerisches Programm "Rationellere Energiegewinnung und -verwendung"
- Förderschwerpunkt "Kommunale Energiesparkonzepte"
- Bayerisches Programm zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien
- CO₂-Minderungsprogramm für kommunale Liegenschaften
- Kommunales CO₂-Minderungsprogramm

Brandenburg

Nachfolgend sind Bereiche aufgeführt, die geeignet sind, Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung zu fördern und sich in erster Linie an Kommunen richten:

Abfallwirtschaft

- Umweltschutz - Maßnahmen der Abfallwirtschaft, des Immissions- und Klimaschutzes

Immissionsschutz / Energie

- Umweltschutz - Maßnahmen der Abfallwirtschaft, des Immissions- und Klimaschutzes
- Mindestvergütungen nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz für Neuanlagen, die seit dem 1. Januar 2007 in Betrieb genommen wurden

einschließlich Fördermöglichkeiten auf Bundes- und Landesebene sowie für nicht stromerzeugende Anlagen

Gewässerschutz

- Öffentliche Wasserversorgung und öffentliche Abwasserbeseitigung,
- Sanierung und naturnahe Entwicklung von Gewässern
- Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes

Forst: forstwirtschaftliche Maßnahmen und Richtlinie zur Inanspruchnahme von Zuschüssen zu den Verjüngungskosten bei Waldbrandschäden,

Naturschutz

- Biologische Vielfalt im ländlichen Raum
- Naturschutzgroßprojekte und Gewässerrandstreifenprojekte

Fachübergreifende Richtlinien

- Aktion "Gesunde Umwelt - unsere Zukunft im Land Brandenburg (gefördert werden können ehrenamtliche Projekte im außerschulischen Bereich, die der Umweltbildung und -erziehung, dem Wissensaustausch, der Förderung von Umweltbewusstsein sowie der Entwicklung von Umwelt- und Naturschutz dienen),
- Gemeinsame Richtlinie nach §§ 260 ff. i.V.m. SGB III über Zuwendungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen,
- Lokale Agenda 21 (Zuwendungen zur Umsetzung der Lokalen Agenda 21),
- Projektförderung aus Lottomitteln (Förderung ist deshalb gerichtet auf die Unterstützung von Projekten, die im weitesten Sinne auf das Gemeinwohl gerichtetes Handeln widerspiegeln und die in diesem Zusammenhang beispielgebend sowie identitäts- und sinnstiftend wirken),
- Richtlinie Technologietransfer (gefördert werden Kooperationsprojekte zur Entwicklung innovativer Produkte, Verfahren und Technologien in der Land- und Forstwirtschaft sowie der Ernährungswirtschaft),
- Umweltbildung, -erziehung und -information (Zuschüsse für Handlungs- und ergebnisorientierte Projekte und Veranstaltungen zur Umweltbildung im außerschulischen Bereich)

Die Mehrzahl der Förderprogramme gewähren die Zuwendungen als Zuschüsse, so dass kommunale Kofinanzierung in unterschiedlichen Höhen erforderlich werden.

Nordrhein-Westfalen

Neben denen bereits aufgeführten Förderprogrammen der KfW-Förderbank bieten auch die meisten Bundesländer Unterstützung zur energetischen Sanierung und Modernisierung von Wohngebäuden an. Jedes Bundesland verfügt über eigene Landesförderinstitute und entsprechende Förderschwerpunkte. Exemplarisch an dieser Stelle die Fördermaßnahmen der NRW-Bank aufgeführt, die Maßnahmen mit Klimaschutz- und anpassungsrelevanten Bezügen:

- NRW BANK Pflege und Betreuung,
- NRW BANK.Sportstätten,
- NRW Innovationsdarlehen,
- NRW EU-Investitionskapital,
- NRW BANK Wiederbewaldung,
- NRW BANK Infrastruktur.

Darüber hinaus hat NRW wie auch die anderen Bundesländer den Klimaschutz insbesondere über Verbesserung der Energieeffizienz in zahlreichen Förderprogrammen implementiert. Adressaten sind hier u. a. Kommunen, aber Privatpersonen und Unternehmen:

- progres.nrw - Programm für Rationelle Energieverwendung, Regenerative Energien und Energiesparen - Programmbereich Markteinführung,
- progres.nrw - Programm für Rationelle Energieverwendung, Regenerative Energien und Energiesparen - Programmbereich Innovation,
- Ziel 2-Programm NRW – Förderwettbewerb Energie.NRW. Es werden Vorhaben gefördert, die einen wichtigen Beitrag zur Ressourcenschonung und zum Klimaschutz im Rahmen der Energie- und Klimaschutzstrategie des Landes leisten. Kommunen werden im Bereich von Infrastruktureinrichtungen und -vorhaben finanziell unterstützt).

Der überwiegende Anteil der Länderprogramme gewährt anteilige Zuschüsse in Abhängigkeit von den Projektgesamtkosten. Darüber hinaus werden meist Bagatellgrenzen und die maximale Fördersumme festgelegt. Alle Programme enthalten bestimmte Fördervoraussetzungen, Ausschlusskriterien sowie die Festlegung der zuwendungsfähigen Ausgaben. Geprüft werden muss je nach Spezifika des Programms, ob Kofinanzierungen über weitere Drittmittel (andere Förderprogramme, Kredite, Sponsorengelder, Privatbeteiligung etc.) möglich sind und in jedem Fall eine Eigenbeteiligung der Kommune (meist 10 %) nötig ist.

3.3 Wettbewerbe und Modellvorhaben

Wettbewerbe für und zwischen Kommunen haben in den letzten Jahren auch im Bereich der Klimapolitik eine zunehmende Akzeptanz und Bedeutung erfahren.

Wettbewerb Bundeshauptstadt im Klimaschutz

In dem Wettbewerb **Bundeshauptstadt im Klimaschutz**, der seit 2006 jährlich durchgeführt wird, konkurrieren die Kommunen in den Themenfeldern Energieerzeugung, Energiesparen, Siedlungsgestaltung, Verkehr, Öffentlichkeitsarbeit und Beratung sowie Kooperation, Finanzierungsinstrumente und Bürgerbeteiligung. Der Wettbewerb wurde im Rahmen der Klimaschutzinitiative gemeinsam vom Bundesumweltministerium und der "Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz", die beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) angesiedelt ist, initiiert.

Für das Wettbewerbsjahr 2009 haben sich 58 Städte und Gemeinden beworben. Wichtigster Aspekt der Bewertung der eingereichten Beiträge ist der Nutzen für den Klimaschutz. Dazu kommen u. a. folgende Kriterien, die je nach Projekt in unterschiedlichem Maße berücksichtigt werden: Übertragbarkeit, Innovation, Langfristigkeit, Beteiligung der Kommune, Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitswirksamkeit. Diejenige Kommune, die die meisten Punkte erringt, wird von der Deutschen Umwelthilfe mit dem Titel „Klimaschutzkommune 2009 – Bundessieger“ ausgezeichnet. Des Weiteren werden seit 2009 die ersten drei Plätze in den Teilnehmerklassen bis 5.000 Einwohner und 5.000 bis 20.000 Einwohner prämiert. Sie erhalten den Titel "Klimaschutzkommune 2009".

Tabelle 1: Ergebnisse des Wettbewerbs "Bundeshauptstadt im Klimaschutz" 2006

Ergebnisse des Wertbewerbs "Bundeshauptstadt im Klimaschutz" 2006					
		Gesamt	bis 20.000 EW	20.000 bis 100.000 EW	über 100.000 EW
4. Siedlungsgestaltung					
4.1	Teilnehmende Kommunen in Prozent, in denen zumindest in einem der seit 1995 ausgewiesenen Neubaugebiete die Einhaltung eines verbesserten Niedrigenergie-Standards bzw. die Errichtung von Passivhäusern festgelegt wurde:				
	Verbesserter Niedrigenergie-Standard:	39,74%	6,25%	29,03%	67,74%
	Passivhausbauweise:	17,95%	6,25%	6,45%	35,48%

4.2.1	Teilnehmende Kommunen in Prozent, in denen Pläne wie Bebauungspläne, Vorhaben- und Erschließungspläne etc. auf eine optimale Energiebilanz hin überprüft werden:				
	Überprüfung der Kompaktheit der Gebäude:	42,31%	31,25%	35,48%	54,84%
	Überprüfung der passiven Solarenergienutzung (Verschattungsfreiheit):	61,54%	62,50%	51,61%	70,97%
	Überprüfung der aktiven Solarnutzung:	52,56%	43,75%	48,39%	61,29%
4.2.2	Teilnehmende Kommunen in Prozent, in denen Pläne wie Flächennutzungspläne, Bebauungspläne, Vorhaben- und Erschließungspläne etc. auf Verkehrsvermeidung oder auf den effizienten Umgang mit Flächen hin überprüft werden:				
	Überprüfung der Anbindung an den bestehenden öffentlichen Nahverkehr:	89,74%	75,00%	93,55%	93,55%
	Überprüfung der Einbindung in das bestehende Radwegenetz:	76,92%	75,00%	70,97%	83,87%
	Überprüfung der Wiedernutzung von städtischen Brach- bzw. Konversionsflächen:	84,62%	62,50%	90,32%	90,32%
	Überprüfung der Nachverdichtung in bebauten Gebieten:	85,90%	75,00%	93,55%	83,87%
8. Beteiligung und Kooperation					
8.1	Teilnehmende Kommunen in Prozent, in denen bei folgenden Konzept- oder Maßnahmenplanungen seit 2001 die Beteiligung von Gremien erfolgte, um die Bürger bzw. Interessengruppen im Klimaschutz-Prozess einzubinden:				
	Erstellung eines Energie- bzw. Klimaschutzkonzeptes:	39,74%	18,75%	29,03%	61,29%
	Vorschläge für Energiesparmaßnahmen in kommunalen Liegenschaften:	44,87%	56,25%	29,03%	54,84%
	Erstellung eines Energiekonzeptes bei der Planung eines Neubaugebietes:	26,92%	6,25%	16,13%	48,39%
	Vorschläge zum Ausbau der erneuerbaren Energien bzw. deren Umsetzung:	51,28%	56,25%	51,61%	48,39%
	Erstellung eines Gesamtverkehrskonzeptes:	33,33%	6,25%	29,03%	51,61%
	Erstellung bzw. Verbesserung des Radwegekonzeptes:	58,97%	50,00%	54,84%	67,74%
	Vorschläge zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs:	52,56%	31,25%	48,39%	67,74%
	Erstellung bzw. Verbesserung eines Abfallkonzeptes:	15,38%	6,25%	22,58%	12,90%
	Sonstige Maßnahmen:	21,79%	12,50%	16,13%	32,26%
8.2	Teilnehmende Kommunen in Prozent, die Mitglied in einer Organisation sind, die sich den kommunalen Klimaschutz zum Ziel gesetzt hat:	65,38%	31,25%	64,52%	83,87%

(Quelle: www.worms.de/downloads/Umweltamt/Statistik_Bundeshauptstadt_Klimaschutz_2006.pdf)

Im Jahr 2009 richtete sich der Wettbewerb gezielt an kleinere Gemeinden unter 20.000 Einwohner. Die hessische Gemeinde Wettenberg war mit ihrer umfassenden Herangehensweise klarer Sieger des Wettbewerbs "Klimaschutzkommune 2009". „Die Gemeinde setzt nicht nur bei der Verankerung von Energiesparmechanismen und bei der Energieerzeugung erfolgreiche Maßnahmen um, sondern sie leistet auch im Verkehrsbereich, bei der Siedlungspolitik, im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und bei der Einbindung der Bevölkerung hervorragende Arbeit. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor für den Klimaschutz in Wettenberg ist der Wettenberger Energiebeirat, ein Expertengremium, das allen Bürgerinnen und Bürgern offen steht“.⁶

Innerhalb der Statistik zu den Ergebnissen des Wettbewerbs "Bundeshauptstadt im Klimaschutz" (vgl. Tabelle 1) wird der mittels eingereichter Konzepte und Berichte ermittelte Beitrag zum Klimaschutz aufgeschlüsselt. Im Themenfeld Siedlungsgestaltung wird deutlich, dass mit Anstieg der Stadtgröße sich die Bilanz sowohl in der Ausweisung eines verbesserten Niedrigenergiestandards als auch in der strategischen Überprüfung von Bauleitplänen verbessert.⁷

Wettbewerb Kommunalen Klimaschutz

Im Rahmen der Klimaschutzinitiative hat der Bund (BMU) den **Wettbewerb Kommunalen Klimaschutz 2009** ausgelobt. Prämiert wurden Projekte, Maßnahmen und vorbildliche Strategien aus neun Städten, die im besonderen Maße zur Reduzierung von Treibhausgasen beigetragen haben.⁸ Insgesamt wurden 221 Projekte eingereicht. Im Rahmen des Wettbewerbs wurden Preisgelder von bis zu 50.000 Euro verliehen. Die Maßnahmen wurden in drei verschiedenen Kategorien bewertet. Ausgezeichnet wurden erstens innovative bauliche und technische Maßnahmen in kommunalen Einrichtungen, die zum Beispiel besonders effektiv Energieeffizienz mit der Nutzung erneuerbarer Energien verbinden, zweitens vorbildliche Strategien zur Umsetzung des kommunalen Klimaschutzes und drittens innovative Aktionen zur Beteiligung und Motivation der Bevölkerung bei der Realisierung von Klimaschutzmaßnahmen.

Beim parallel durchgeführten Bundeswettbewerb "Energieeffiziente Stadtbeleuchtung" wurden 18 Preisträger in acht Kategorien für besonders innovative Konzepte zur Erneuerung der Stadtbeleuchtung ausgezeichnet.

⁶ <http://www.duh.de/klimakommune.html> (Stand: 15.11.09)

⁷ Methodisch wird allerdings nicht deutlich, ob es sich bei der Bilanz um absolute oder relative Angaben in Bezug auf die Anzahl der eingereichten Beiträge je Stadtgrößenklasse handelt. Zu beachten ist ebenfalls, dass die absolute Menge der Bauleitpläne in kleineren Kommunen geringer ist als in Großstädten.

⁸ <http://www.kommunaler-klimaschutz.de/wettbewerb> (Stand 15.11.09)

European Energy Award ist ein europaweites Zertifizierungsverfahren für umsetzungsorientierte Klimaschutzpolitik in Kommunen. Er ist prozessorientiert angelegt und dient der Energieeinsparung, der effizienten Nutzung von Energie und der Steigerung des Einsatzes regenerativer Energien. Ein internationaler Dachverband (Forum European Energy Award) zeichnet sich für die Rahmenbedingungen des Programms in allen Mitgliedsregionen verantwortlich. Bei der Bewertung der Kommunen werden Faktoren wie die nationale Gesetzeslage, unterschiedliche Kompetenzen, die Gemeindegröße etc. berücksichtigt (weitere Informationen: www.european-energy-award.org).

Das **Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)** im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) hat über das Modellvorhaben "Städte der Zukunft" (1996-2003) auch klimaschützende Strategien im Kontext der nachhaltigen Stadtentwicklung konzipiert. In weiteren derzeit laufenden Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) und im Forschungsprogramm Experimenteller Wohnungs- und Städtebau werden kommunale und regionale Modellstädte mit klimaschutz- und anpassungsbezogenen Fragestellungen analysiert.⁹

Das BMVBS hat im Februar 2009 den Wettbewerb **Energetische Sanierung von Großwohnsiedlungen auf der Grundlage integrierter Stadtteilentwicklungskonzepte** ausgelobt. Der Wettbewerb, der sich an Eigentümer von Großwohnsiedlungen richtete, prämierte im Juni 2009 34 Preisträger, davon fünf Goldpreisträger aus West- und Ostdeutschland mit rund 2.2 Millionen Euro (vgl. Homepage des BMVBS). Mittels der Erarbeitung gezielter Investitionsstrategien verknüpften die Preisträger Fragen der Energieeinsparung und -effizienz von Großwohnsiedlungen (meist aus 1950er bis 80er Jahren) mit den heutigen Anliegen der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Demografie.

Weitere Wettbewerbe als sind gute Beispiele im Kapitel 5 "Best Practice" aufgeführt.

Die Teilnahme der Kommunen selbst an Wettbewerben hängt von vielen Faktoren ab, bei denen die kommunale Finanzsituation zur Erfüllung der angestrebten Aufgabe, die politische Zielsetzung und vor allem der vorhandene Personalbesatz die zentralen Determinanten darstellen. Der geringe Anzahl von technischen Beschäftigten in kleineren und mittleren Kommunen erlauben meist nur eine Konzentration auf bestimmte, zusätzliche Aufgaben, zu den auch die Teilnahme an Wettbewerben gehört. "Die Häufigkeit des Einsatzes von städtebaulichen Wettbewerben weist einen schwachen, signifikanten Zusammenhang mit

⁹ www.bbsr.bund.de/Forschungsprogramme

steigenden Einwohnerzahlen auf ($r = 0,140$). In diesem Bereich üben kleinere Städte ebenfalls Zurückhaltung aus, die vermutlich auf geringere personelle Ressourcen zur Betreuung des Wettbewerbes zurückzuführen ist" (Rüdiger 2009: 389).

Um die Teilnahme an Wettbewerben zu erhöhen wird in erster Linie die kommunalpolitische Ebene zu überzeugen sein, da sowohl Antragsstellung als auch Wettbewerbserarbeitung zwangsläufig mit einer Verschiebung und Priorisierung von Aufgaben einhergehen muss. Sowohl die öffentliche Gunst als auch die Aussicht auf finanzielle Unterstützung können "kommunalpolitisch überzeugende Argumente" sein. In Bezug auf die Stärkung des öffentlichen Willens ist eine gesamtgesellschaftliche Sensibilisierung für das Thema von Nöten. Die notwendige finanzielle Unterstützung kann durch eine Preisgeldbereitstellung, aber auch durch die Aussicht auf Teilnahme an Regelförderung Rechnung getragen werden.

3.4 Förderberatung – Kenntnistransfer von Förderungen

Die Vielfalt und Eigenarten vorhandener Programme und die unterschiedlichen, politikabhängigen Gewichtungen der Aufgaben aus den Handlungsbereichen Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen lassen die Analyse entsprechender Finanzierungsmöglichkeiten zu einem komplexen Unterfangen werden. Für kleine oder mittlere Gemeinden ist es aufgrund mangelnder personeller Ressourcen schwierig, eine intensive Suche nach passenden Fördermaßnahmen zu betreiben und die Fördermöglichkeiten effektiv zu nutzen. Es ist anzunehmen, dass kleinere Städte und Gemeinden aufgrund eines erheblichen Defizits bei der Kenntnis über mögliche Förderprogramme und staatliche Finanzierungsquellen eine geringere Beteiligung innerhalb der jeweiligen Programme aufweisen. Transparenz und Nachvollziehbarkeit sind zentrale Voraussetzungen dafür, dass öffentliche Förderprogramme ihre Adressaten erreichen und der mit ihnen intendierte politische und gesellschaftliche Mehrwert erzielt werden kann. Aber selbst erfahrene Verwaltungswissenschaftler und Programm-Experten sprechen von einem "Förderdschungel", für dessen Durchforstung viele kleine und mittlere Gemeinden weder das Personal noch die Zeit haben. Selbst größere Städte sind mit der Suche nach geeigneten Fördermitteln stark gefordert. "Bei größeren Kommunen dürfte diese Kompetenz eher vorhanden sein, kommt jedoch wegen der stark arbeitsteiligen Verfassung nur bedingt zum Tragen" (Romaus et al. 2002: 115).

Die Beschäftigung von kommunalen oder regionalen Förderlotsen, Förderkoordinatoren, Fördermittelscouts oder auch die Förderung entsprechender Stellen (so Klimaschutzmanager im Rahmen der BMU-Initiative) sind ein Zeichen für die Komplexität und mangelnde Transparenz der Förderkulisse und den Beratungsbedarf in Deutschland.

In der Trägerschaft von Land, Bund und Europa finden sich verschiedenste Förderprogramme, spezifische Antrags- und Bewilligungsverfahren, unterschiedliche Fristen, Ausschlusskriterien und Voraussetzungen. Um die Vielfalt von Fördermöglichkeiten und Bedingungen im Antrags- bzw. Wettbewerbsverfahren kennenzulernen, müssen **Transferhilfen** bereitgestellt und kommuniziert werden, die sich an kommunale Vertreter richten. So führte das Deutsche Institut für Urbanistik, Servicestelle "Kommunaler Klimaschutz" in Kooperation mit der Stadt Leipzig in 2008, eine **Informationsveranstaltung** "Fördermöglichkeiten von kommunalen Klimaschutzprojekten" durch, die sich an örtliche Vertreter aus Politik, Verwaltung und Immobilien- und Energiemanagement richtete.

Die Existenz bereits bestehender internetbasierter privater und öffentlicher **Datenbanken** über Fördermöglichkeiten von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen muss offensiver in das kommunale Bewusstsein getragen werden und ggf. um die Aspekte des Klimawandels ergänzt werden.

Das **Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie** stellt internetbasiert eine beeindruckende und bedienerfreundliche Fördermitteldatenbank bereit, in der umfangreiche Förderprogramme und Finanzhilfen von EU, Bund und Ländern gespeichert sind. Innerhalb der 16 Förderbereiche finden sich neben dem Themenfeld Energieeffizienz und erneuerbare Energien, auch verwandte Themen wie Landwirtschaft & Ländliche Entwicklung, Regionalförderung, Städtebau & Stadterneuerung, Umwelt & Naturschutz sowie Wohnungsbau & -modernisierung. Aus den neun Kategorien wird als förderberechtigte Gruppe die kommunale Ebene direkt angesprochen. Gleichzeitig zeigt die Datenbank Finanzierungsinstrumente für Unternehmen, Privatpersonen bzw. Vereine und Verbände. Hier können Kommunen in ihrer Funktion als kommunale Berater (*Berater und Promotor*) tätig werden.

Tabelle 2: Förderdatenbanken mit Bezug zum Klimaschutz

Träger	Inhalt	Webadresse
Servicestelle "Kommunaler Klimaschutz" des Difu	Erläuterung des Bundesprogramms sowie Darstellung von Video-Praxisbeispielen über erfolgreich umgesetzte Klimaschutzmaßnahmen in verschiedenen Kommunen. Präsentation von ausgewählten Klimaschutzkonzepten von Städten unterschiedlicher Größe. Eine Liste mit Beratungs- und Ingenieurbüros, die die Erstellung von Klimaschutzkonzepten anbieten.	www.kommunaler-klimaschutz.de/
Förderdatenbank des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi)	Förderprogramme des Bundes, der Länder und der Europäischen Union.	www.foerderdatenbank.de/
Förderbank der KfW-Bank	Förderprogramme der KfW	www.kfw-foerderbank.de/
Förderbank zur Nachhaltigen Regionalentwicklung des BBSR	Geeignete Fördermöglichkeiten für nachhaltige Maßnahmen und auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene.	www.foerderdatenbank-regionalentwicklung.de/

Quelle: eigene Zusammenstellung

3.5 Ausblick und Empfehlungen

Während die Handlungsfelder kommunalen Klimaschutzes (vgl. Kapitel 4, Expertise "Ex-Post-Analyse kommunaler Klimaschutzkonzepte") weit gestreut sind, kristallisiert sich nicht zuletzt aufgrund der staatlichen Förderung in diesem Bereich ein deutlicher Schwerpunkt im Bereich der Verbesserung der Energieeffizienz und der Energieversorgung auf allen administrativen Ebenen der Fördermittelgeber heraus.

Um kommunale Maßnahmen der Klimaanpassung umzusetzen, müssen Möglichkeiten gefunden werden, Klimaanpassung verstärkt über bestehende, **querschnittsorientierte Förderprogramme** zu nutzen. Hier bieten sich sowohl Städtebauförderung, Programme der ländlichen Entwicklung und somit auch Dorferneuerungsprogramme, EFRE-basierte Förderung einer nachhaltigen Stadtentwicklung und auch Mittel der KfW an. Auch die Deutsche Anpassungsstrategie weist auf die Notwendigkeit der Förderung (nicht nur finanzieller Art) von Maßnahmen mit Synergieeffekten für verschiedene Klimafolgen hin (Bundesregierung 2008).

Städtische Politiken sind in Zeiten knapper Kassen zunächst auf die Finanzierung kommunalen Pflichtaufgaben konzentriert. Dann folgt eine Prioritätensetzung innerhalb der freiwilligen Aufgaben, bei denen externe Finanzierungsmöglichkeiten eine der wesentlichen Entscheidungskriterien darstellen. Darüber hinaus können Kommunen, die sich in der Haushaltssicherung befinden, nicht mehr selbst darüber entscheiden, ob bestimmte freiwillige Aufgaben wahrgenommen werden oder nicht. "Auch Programme des Bundes wie die KfW-Förderprogramme können von den betroffenen Kommunen nicht genutzt werden, da es sich hier lediglich um zinsverbilligte Darlehen handelt, die i. d. R. nicht genehmigungsfähig im Rahmen der Haushaltssicherungskonzepte sind" (Rösler 2008: 104). Nur wenige Kommunen sind überhaupt in der Lage, auf die zahlreichen bereitgestellten Fördermittel zurückzugreifen. Die komplementär aufzubringenden Eigenmittel stellen dabei das größte Hindernis dar.

Der begrenzte finanzielle kommunale Spielraum offenbart sich jedoch nicht nur auf der strategisch-konzeptionellen Ebene. Auch die in bestehenden Klimaschutzkonzepten enthaltenen Maßnahmen können meist nur in begrenztem Umfang realisiert werden oder an Dritte adressiert werden (**Umsetzungsorientierung**).

Es fehlt insgesamt die deutliche Betonung der klimaschutz- aber auch anpassungsbedingten Einsparpotenziale. Neben der Verbesserung von Fördermöglichkeiten und -beratung sollte Klimaschutz im kommunalpolitischen Bewusstsein durch die Verknüpfung von Effizienz- und Einsparmaßnahmen insbesondere als kostenreduzierender Faktor gesehen und "vermarktet" werden. So können Gemeinden mit alternativer Energienutzung Strom - und Gaspreis-

erhöhungen finanziell profitieren. Auch eine rechtzeitige Anpassung an mögliche Klimafolgen sichert vor erheblichen Aufwendungen zukünftiger Schadensregulierungen.

Der Bund wird in Kooperation mit den Ländern und weiteren relevanten Akteuren einen Aktionsplan Anpassung bis März 2011 entwickeln. "Dazu wird eine Interministerielle Arbeitsgruppe Anpassung (IMA Anpassungsstrategie) eingerichtet. Inhalte des Aktionsplans sollen Grundsätze und Kriterien für eine Priorisierung von Handlungserfordernissen, eine daraus abgeleitete Konkretisierung von Maßnahmen des Bundes, ein Überblick über konkrete Maßnahmen anderer Akteure, **Aussagen zur Finanzierung** der Anpassung sowie Vorschläge zur Erfolgskontrolle sein" (Bundesregierung 2008: 4). Hierbei werden auch Antworten gegeben, wie sich EU, Bund und Länder sowie sonst noch in der Verantwortung stehende Akteure an der Finanzierung der Maßnahmen für die Deutsche Anpassungsstrategie und dem „Aktionsplan Anpassung“ beteiligen" (Bundesregierung 2008).

Kommunen sollten Wettbewerbe und private Initiativen als Kooperationsmodelle und auch Finanzierungsquellen mit in ihre Planung zur Finanzierung von Maßnahmen oder auch zur Kofinanzierung weitere Förderungen mit einbeziehen. Wettbewerbe eignen sich darüber hinaus als inhaltliche Vorarbeiten oder zur Anstoßfinanzierung ggf. auch im interkommunalen oder regionalen Verbund mit Ver- und Entsorgern, Verkehrsbetrieben, Unternehmen, aber auch Schornsteinfeger, Heizungsbauer und das Baugewerbe über Finanzierungsmöglichkeiten von privaten Initiativen (KMU etc.).

Förderprogramme für erneuerbare Energien lassen sich gut nutzen, um auch in anderen umweltrelevanten Gebieten eine zusätzliche Sensibilisierung zu erzielen. Dies gilt insbesondere für die Energieeinsparung. Angebote zur kostendeckenden Vergütung von Solarstrom etwa könnten an die Aufforderung geknüpft werden, so dass eine zeitgleiche Beteiligung an Energiesparprojekten erfolgt. Weitere Synergieeffekte können dort erschlossen werden, wo eine ähnlich strukturierte Zielgruppe in gemeinsamen Aktionen erreicht werden kann. "Ein solches Vorgehen verringert den Marketingaufwand und minimiert somit die Programmkosten. Ohnehin ist es so, daß beispielsweise die Teilnehmer von Photovoltaikprogrammen in Bezug auf die Stromeinsparung stärker sensibilisiert sind" (Hennicke und Prose 1997: 146).

EU-, Bund und Land fördern zahlreiche Felder, in den Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen verortet sind. Zur Unterstützung und Lenkung gewünschter Entwicklungen werden auf verschiedensten Ebenen hinsichtlich Umfang, Adressatenkreis und Förderhöhe unterschiedlichste Förderprogramme angeboten. Während für den Klimaschutz direkte Fördermöglichkeiten existieren, sind Anpassungsstrategien vorrangig in sektoralen oder integrierten Programmen

zu platzieren. Da die Reichweite indirekter Fördermittel abschließend nicht abgrenzbar ist (siehe Maßnahmenspektrum in Expertise "Leistungspotentiale der Stadtentwicklung – Environmental Justice", BBSR-Online-Publikation 22/09) sind Schwerpunkte im Bereich der integrierten, stadtentwicklungsrelevanten Programme und länderspezifischen Finanzierungsoptionen gesetzt worden. Förderprogramme sind Finanzierungsinstrumente zur Umsetzung gesellschaftlicher und politischer Zielsetzungen. Sie unterliegen einer dynamischen Anpassung, ihre Analyse stellt von daher immer nur eine Momentaufnahme dar. Die Entwicklung der finanzpolitischen Instrumente ist von kommunaler Seite aufmerksam zu verfolgen, um die Umsetzungschancen von konzipierten Maßnahmen und Projekten deutlich zu erhöhen.

Ein Informationsmangel über aktuell aufgelegte Förderprogramme ist nicht festzustellen. Gerade das Medium Internet bedient Bundes- und Landesregierung sowie angeschlossene Ministerien in hohem Maße, wenngleich auch nicht für alle Bundesländer gleichermaßen übersichtlich. Die verschiedenen Formen und Inhalte der Präsentationen jedoch erschweren einigen interessierten Kommunen die richtige Förderung oder eine optimale Förderkombination zu wählen. Beratungsangebote sind daher sowohl für die Auswahl der bestmöglichen Finanzierungsmöglichkeiten, aber auch zur Bewältigung von Formalitäten dringend erforderlich. Die Vielfalt der unmittelbar oder mittelbar für den Klimaschutz und die Klimaanpassung nutzbaren Fördermittel sind für viele, meist kleinere Städte nicht überschaubar. Gerade für Querschnittsthemen wie dem Klimawandel fehlen gebündelte Informationen und zentrale Anlaufstellen. Aus diesem Grund ist wie bereits erwähnt, die eingerichtete Servicestelle "Kommunaler Klimaschutz" ein Schritt in die richtige und wichtige Richtung.

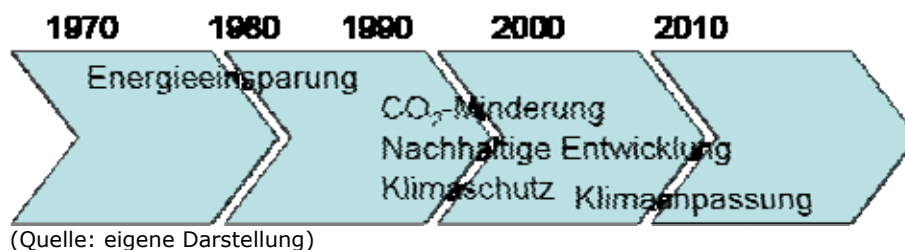
4 Ex-Post-Analyse kommunaler Klimaschutzkonzepte

Bereits Anfang der 1990er Jahre haben sich einige deutsche Städte und Gemeinden im Kontext der nachhaltigen Stadtentwicklung mit Fragen des Klimaschutzes auseinandergesetzt und vor Ort Klimaschutz- und CO₂-Minderungskonzepte erarbeitet (vgl. Mäding 1997). Die meist auf aufwendigen Ist-Analysen und Bilanzierungen kommunaler CO₂-Emissionen beruhenden Konzepte orientierten sich an bestehenden, kommunalen Aufgaben der unterschiedlichen Fachressorts und beschäftigten sich in der Hauptsache mit Fragen des Klimaschutzes. Klimaschutzkonzepte umfassen in der Mehrzahl Konzepte zur Energieeinsparung oder zum Einsatz von erneuerbaren Energien. Erst wenige Kommunen setzen sich konzeptionell mit dem Bereich der Klimafolgenanpassung auseinander. Anpassungsstrategien bspw. im Hochwasserschutz oder die Schaffung von Frischluftschneisen in den Innenstädten werden sektoral diskutiert und meist nicht als Reaktion auf zu erwartende Klimaereignisse thematisiert. Verursacherbezogen werden zunächst Reduktionspotenziale ermittelt und dann Strategien und Handlungsempfehlungen abgeleitet.

Kommunen beschäftigen sich seit den 1970er Jahren zumindest mit Fragen und Strategien zur kommunalen Energieeinsparung. Zu Beginn der 1990er Jahre wurde bundesweit auch auf kommunaler Ebene die Klimagefährdung als eine bedeutsame Herausforderung erkannt. Im Jahr 1994 initiierten das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie das Umweltbundesamt ein Forschungsvorhaben zur Erarbeitung eines Leitfadens für die Aufstellung kommunaler Programme zur Verminderung von CO₂- und anderen Treibhausgasemissionen. Der 1997 vom Deutschen Institut für Urbanistik entwickelte Leitfaden (vgl. Fischer und Kallen 1997) bot und bietet umfangreiche Handlungsanleitungen zur Erstellung von Klimakonzepten. Zahlreiche Kommunen erstellten mit großem Aufwand – nicht zuletzt unter Förderung von Pilotprojekten – kommunale Klimakonzepte und darauf aufbauende Aktionsprogramme und Begleitpläne. Die Stadtentwicklung¹⁰ widmete sich schon recht früh dem Thema im Rahmen von klimaökologischen Fragestellungen (Kalt-/Frischluftliefergebiete in Plangebieten). Später erstreckte sich ihr Beitrag ebenfalls auf Strategien zur Energieeinsparung und CO₂-Minderung. Andere Kommunen behandelten Fragen des Klimaschutzes im Kontext der nachhaltigen Entwicklung im Rahmen der Anfang der 1990er Jahre beginnenden Lokale-Agenda-Prozesse. Heute bestimmen die zeitlich ersten vier Ansätze im Wesentlichen die bestehenden, lokalen Klimakonzepte.

¹⁰ Zum zugrunde liegenden Begriffsverständnis vgl. Expertise "Leistungspotenziale der Stadtentwicklung".

Abbildung 3: Zeitstrahl klimarelevanter Themen auf kommunaler Ebene



Die Inhalte der Phasen der thematischen Entwicklung lokaler Klimakonzepte sind heute aktueller denn je. Sie lösen einander nicht ab. Vielmehr besteht gerade heute die Anforderung, an eine integrierte Bearbeitung klimarelevanter Themen, die zusätzlichen aus der Perspektive des jeweiligen Fachkontextes (hier Stadtentwicklung) zu interpretieren sind.

Damit liegt und lag auch in der Vergangenheit das besondere Potenzial der kommunalen Klimabemühungen in der Integration eines breiten Spektrums klimarelevanter Handlungsfelder. Aufgrund der unmittelbaren Nähe zu Wohnen und Arbeiten, aber auch der direkten Adressierung von Strategien an Verursacherbereiche wurden auch bisher schon zahlreiche, praktische Problemlösungsansätze gefunden und Synergieeffekte genutzt. In den vorhandenen lokalen Klimakonzepten und -programmen, aber auch zahlreichen weiteren städtischen Konzepten (Stadtentwicklungspläne, Bauleitpläne, ökologische Begleitpläne, Umweltprüfung etc.) verbirgt sich ein hohes fachliches Know-How in Verbindung mit der Orts- und Sachkenntnis der Kommunen, das es im Hinblick auf die Anforderungen einer klimagerechten Steuerung der heutigen Stadtentwicklung aufzuarbeiten und anzupassen gilt.

Bilanzierende Forschungsberichte beklagen jedoch allesamt die mangelnde Umsetzung und kontinuierliche Fortführung der konzipierten Maßnahmen und Strategien (so auch Kern et al. 2005).

4.1 Ziel der Expertise „Ex-Post-Analyse kommunaler Klimaschutzkonzepte“

Ziel der Expertise ist die Thematisierung von Stärken und Schwächen bisheriger Klimakonzepte gemessen an idealtypischen Handlungskonzepten zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels (vgl. Expertise "Stadtklimawandel"): *Wo stehen die Städte und Gemeinden Deutschlands?*

Die Analyse der Konzepte unter Berücksichtigung der jeweiligen spezifischen, kommunalen Situation soll helfen, den derzeitigen Umgang mit bestimmten

Problemkonstellationen aufzuzeigen. Die Ergebnisse der Analyse dienen der Ermittlung von Anforderungen, die zeitgemäße Konzepte zur klimagerechten Stadtentwicklungen erfüllen müssen: *Was müssen/können zukünftige städtische Konzepte leisten?*

Methodisch basiert diese Expertise auf der Sekundäranalyse bisheriger Forschungen zum kommunalen Klimaschutz und Klimaschutzkonzepten sowie einer vergleichenden Analyse von zwölf sich in Aufstellung befindlichen oder bereits aktualisierten kommunalen Klimakonzepten. Aufgrund der Breite, Tiefe und individuellen Ausrichtungen der einzelnen Konzepte wird die vergleichende Analyse mit den Ergebnissen aus der bisherigen Forschung gespiegelt. Bei den untersuchten Städten handelt es sich um vier Großstädte (> 200.000 Einwohner), sechs Mittelstädte (20.000 bis 100.000 Einwohner) und zwei Kleinstädte (< 20.000 Einwohner), die sich auf fünf Bundesländer verteilen.

4.2 Wissenschaftlicher Status Quo: Kommunaler Klimaschutz

Die Beschäftigung mit dem Instrument des kommunalen Klimaschutzkonzepts bedingt auch eine kurze, allgemeine Auseinandersetzung mit dem kommunalen Klimaschutz. Eine eindeutige Definition existiert nicht. "Während ein früher ‚enger‘ Begriff nur die Handlungen von Städten, Kreisen und Gemeinden als Beitrag zur Verminderung von Treibhausgasen als kommunalen Klimaschutz begriff und damit die Kommune bzw. die Verwaltung in den Mittelpunkt stellte, betonten spätere Sichtweisen kommunalen Klimaschutz als einen Prozess in dem (mehrere) kommunale Akteure durch Maßnahmen und Strategien [...] eingebunden sind (Bielitz-Mimjähner 2008: 114). Insbesondere ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre identifiziert Bielitz-Mimjähner vier Forschungsrichtungen in der Beschäftigung mit dem kommunalen Klimaschutz. In der ersten Zeit stand die Beschreibung und Analyse der praktischen Umsetzung im Fokus wissenschaftlicher Auseinandersetzungen. Exemplarisch gute, überwiegend großstädtische Beispiele und die Entwicklung von, auf diese empirischen Vorbilder gestützten Leitfäden und Handlungsanleitungen zur Erarbeitung und Umsetzung von Klimakonzepten bestimmten die Diskussion um Implementierung des kommunalen Klimaschutzes. Es folgte die internationale Einbindung über den Austausch von Kommunen und die Gründung und Beitritte von und zu verschiedenen Bündnissen.

Eine dritte, weitere Forschungsrichtung "ist interdisziplinär geprägt und fragt nach den Ursachen und Hemmnissen kommunalen Klimaschutzes" (ebd.: 113). Während die Einstellung und Bereitschaft der Kommunalpolitik und die finanzielle Situation immer wieder als maßgebliche Determinanten für eine Initialzündung

angeführt werden, haben sich einige Forschungsprojekte zu dieser Zeit differenziert mit Erfolgsfaktoren auseinandergesetzt, die die Initiierung und Umsetzung von Energiespar- und Klimaschutzprogrammen fördern.

Das Projekt "Interdisziplinäre Analyse der Umsetzungschancen einer Energiespar- und Klimaschutzpolitik" wurde Mitte der neunziger Jahre durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) im Rahmen des Schwerpunktprogramms „Mensch und globale Umweltveränderungen" gefördert und in Kooperation mit dem Wuppertal-Institut für Klima Umwelt Energie GmbH und dem Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung durchgeführt. Tabelle 3 zeigt als eines der Forschungsergebnisse des Projektes die wesentlichen, phasenspezifischen Erfolgsfaktoren zur Implementierung von Klimaschutzkonzepten in der Praxis auf:

Tabelle 3: Erfolgsfaktoren von phasenspezifischer Bedeutung.

<p>Phase I: Entwicklung von Handlungsbereitschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> • Überzeugung von Eigenverantwortung für Klimaschutz bei individuellen Akteuren. • Positiv bewertete Vorerfahrungen. • Einbeziehung von überzeugenden/charismatischen und innovativen Schlüsselpersonen (Promter/innen). • Kombination materieller und immaterieller Anreize.
<p>Phase II: Handlungsentscheidung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zentrale Rolle engagierter Einzelpersonen. • Unterstützung durch oberste Hierarchieebene. • Entscheidungsdruck von außen (soziale Norm / Erwartung). • Bewußtheit des eigenen Handlungsspielraums. • Schaffung einer breiten Kooperationsbasis.
<p>Phase III: Handlungsplanung und -umsetzung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kleines Kernteam für flexible Reaktionen. • Klimaschutz als Querschnittsfunktion in der Verwaltung mit Etablierung eines festen Ansprechpartners (Know-how-Vermittlung, [Außen-]Kommunikation, Organisation). • Nutzung zielgruppenspezifischer Kommunikationswege. • Vermittlung einer Vielfalt an Vorteilen (nicht nur für den Umweltschutz). • Einbindung von Personen, die bei der Zielgruppe Vertrauen genießen (Netzwerk-Konzept, Einbindung bestehender sozialer Netzwerke).
<p>Phase IV: Rückmeldung und Evaluation</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erfahrungsauswertung ermöglicht Korrekturen und Weiterentwicklungen. • Rückmeldung von Erfolgen bestärkt Akteure (Programmveranstalter/innen sowie Zielgruppe) in ihrem Handeln. • Evaluierungsaufwand kann gering gehalten werden durch Verwenden von Daten, die ohnehin gesammelt werden.

(Quelle: Hennicke; Prose und Jochem 1997: 16)

Die vierte Richtung der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit kommunalen Klimakonzepten liefert bilanzierende Ergebnisse bspw. des Klimabündnisses der europäischen Städte oder auch zum Stand der Einführung und Umsetzung von Klimaschutzaktivitäten, die heute noch, insbesondere über das Medium Internet, eine weite Verbreitung und Aufmerksamkeit erfahren.

Aufgrund der in den letzten Jahren verstärkten Aufmerksamkeit zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels ist eine veränderte, zumindest aber parallele Ausrichtung der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Klimaschutz und den daraus resultierenden Transferempfehlungen wahrzunehmen. Die mangelnde Umsetzung und Effizienz von Klimaschutzkonzepten, aber auch die Erfordernisse der Klimaanpassung definieren die Anforderungen an eine integrierte,

klimagerechte Stadtentwicklung neu (zur mangelnden Umsetzung vgl. Sinnig et al. 2009).

Kommunale Finanzknappheit, rechtliche Umsetzungsdefizite, aber auch Ressortdenken, ein ungenügender Wissensstand sowie die mangelnde Bereitschaft verantwortlicher Akteure sind Blockaden und Hindernisse, auf die bisherige, aber auch zukünftige Klimakonzeptionen treffen werden.

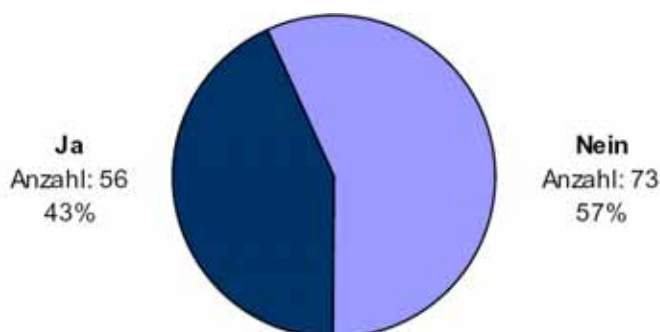
Zur Implementierung und Umsetzung neuerer klimagerechter Strategien liefern die Forschungsergebnisse zum Klimaschutz wertvolle Erkenntnisse. Gleichzeitig bieten die Fülle an bestehenden Netzwerken, Klimabündnissen und internetbasierten Plattformen für einen kommunalen Erfahrungsaustausch einerseits aber auch die bestehenden Leitfäden und Checklisten zur Erstellung von Klimakonzepten wertvolle inhaltliche und methodische Hilfestellungen. Exemplarisch sei hier der bereits eingangs erwähnte *Difu-Leitfaden* zur Erarbeitung und Umsetzung kommunaler Klimakonzepte genannt, der besonders auch die Bedeutung des regionalen und bundesweiten Erfahrungsaustausches für kleinere Städte und Gemeinden hervorhebt. "Gerade innerhalb der überschaubaren Strukturen kleinerer Städte und Gemeinden bieten sich Chancen für effektives lokales Handeln. Es müssen daher auch die für diese Größenordnung vorhandenen positiven Beispiele für kommunales Handeln verbreitet und die Entwicklung von örtlich angepassten Handlungskonzepten unterstützt werden. Der kommunale Erfahrungsaustausch und die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit (benachbarten) Kommunen sind wichtige Schritte zur Verbesserung der Handlungsfähigkeit auf kommunaler Ebene" (Fischer und Kallen 1997: 190). Die methodischen und inhaltlichen Aussagen – auch älterer – Checklisten und Leitfäden beinhalten insbesondere im Abgleich mit den analysierten, neuen Klimakonzepten weiterhin ihre Gültigkeit, wenngleich sie an wissenschaftliche, meist sektorale neuere Erkenntnisse ("Einsatz von Biomasse für die Energiegewinnung") angepasst und um den Aspekt der Klimaanpassung ergänzt werden müssen.

4.3 Analyse bestehender Klimakonzepte

Nicht zuletzt aufgrund der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie und des freiwilligen Aufgabentypus können Kommunen im Rahmen ihrer Zuständigkeit in verschiedenen Handlungsfeldern des Klimaschutzes tätig werden (vgl. hierzu auch Expertise "Leistungspotenziale der Stadtentwicklung"). So sind bereits die Bezeichnungen der Konzepte *Klima(schutz)konzept*, *Integriertes Kommunales Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept*, *CO₂-Reduktionskonzept* oder *Klimaschutz- und Energiekonzept* sehr vielfältig und demonstrieren in Teilen die unterschiedliche Aggregation der zentralen Klimathemen wie Klimaschutz, Klimaanpassung, Energie und CO₂-Reduktion.

Wenngleich Klimaschutz bereits seit Anfang der 1990er Jahre kommunal diskutiert wird, verfügen längst nicht alle Gemeinden über entsprechende Klimaschutzkonzepte. In einer Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik, an der sich 2007/2008 bundesweit 129 Städte und Gemeinden beteiligten, gaben etwa die Hälfte der Kommunen an, über ein entsprechendes Konzept zu verfügen:

Abbildung 4: Vorhandensein von Kommunalen Klimaschutzkonzepten

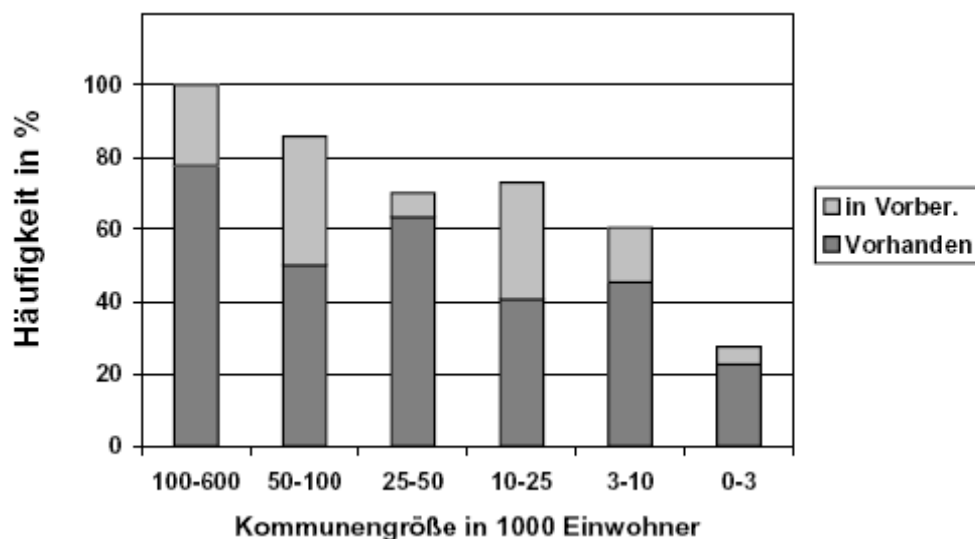


(Quelle: Rösler 2008: 97)

Begründet in dem Charakter der Aufgabe "Klimaschutz" und den defizitären kommunalen Haushaltslagen sind nicht nur das Fehlen von entsprechenden Konzepten, sondern auch ihre mangelnden Aktualisierungen (ebd.: 98) festzustellen. Gleichwohl wiesen viele Kommunen innerhalb der o. g. Difu-Befragung darauf hin, dass auch ohne Konzepte klimarelevante Aktivitäten, Projekte und Maßnahmen verfolgt und erfolgreich umgesetzt werden.

Kleineren Gemeinden sind in der Erstellung von Klimaschutzkonzepten zurückhaltender (vgl. Abbildung 5). Der Hauptgrund für die geringe Erarbeitung von Klimaschutzkonzepten in kleineren Kommunen dürfte in einem erheblichen personellen, finanziellen und administrativen Aufwand für die Erstellung eines Konzeptes zu suchen sein, möglicherweise sind aber auch die notwendigen kommunalpolitischen Impulse in kleineren Kommunen in geringerem Umfang vorhanden (vgl. Weimer-Jele 2001). Verschiedene Bundes- und Landesaktionsprogramme reagieren bereits auf diese Entwicklung. So fördert die Bundesrichtlinie für Klimaschutz in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen neben der Erstellung von Klimaschutzkonzepten auch die für kleinere Gemeinden relevanten Teilkonzepte oder die Einstellung eines „Klimaschutzmanagers“, der die Umsetzung unterstützt (vgl. Expertise „Fördermittelprogramme“). Der Wettbewerb „Österreichs Klimaschutzgemeinde 2009“ teilt die eingereichten Beiträge erstmalig nicht nach Themengebieten, sondern nach Gemeindegrößen ein (so auch der 2001-2004 von der Deutschen Umwelthilfe e.V. geförderte Wettbewerb "Zukunftsfähige Kommune"):

Abbildung 5: Prozentuale Häufigkeit von Klimaschutz-/Energiesparkonzepten in Baden-Württemberg nach Kommunengröße



(Quelle: Weimer-Jele et al. 2001: 25)

Typen und Träger von Klimaschutzkonzepten

Wie bereits im Zusammenhang mit dem Zeitstrahl der Entwicklung kommunaler Klimathemen deutlich wurde (vgl. Abbildung 3), weisen die zwölf analysierten Klimakonzepte auch heute noch unterschiedliche Schwerpunkte auf, die sich im Wesentlichen mit Energieeinsparung, CO₂-Minderung, nachhaltiger Entwicklung und Klimaschutz beschäftigen. Die Konzepte von fünf Kommunen setzen sich neben dem Klimaschutz auch mit Themenfeld Klimaanpassung auseinander. Bei allen fünf Kommunen basiert das Konzept bzw. der Konzeptentwurf auf einem jüngeren Wettbewerbsbeitrag (bspw. Klimakommune NRW). Die überwiegende Anzahl aller Kommunen weist innerhalb ihres Konzeptes auf die Mitgliedschaft oder den Beitritt in ein regionales, nationales oder internationales Klimabündnis, ein Netzwerk oder eine Städtekooperation hin.

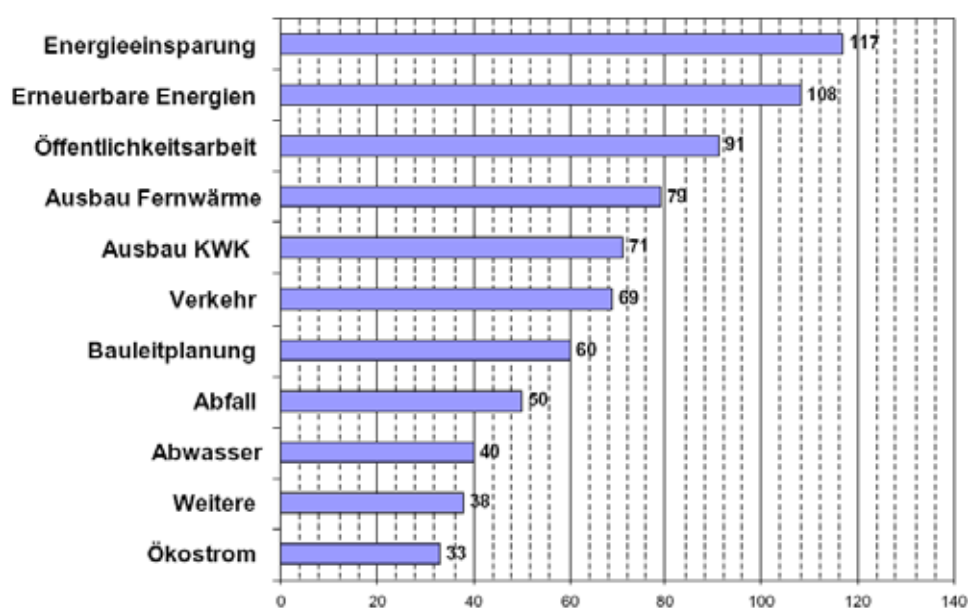
Alle Klimaschutzkonzepte werden von der Kommune unter Beteiligung weiterer städtisch relevanter Akteure erstellt. Ständige Akteure sind Politik und Verwaltung, Träger öffentlicher Belange, Umwelt- und Wirtschaftsverbände sowie die Bürgerschaft. Die Konzepte, die sich auch mit Klimaanpassung auseinandersetzen, verweisen auf eine deutlich differenzierte Akteurskonstellation im Diskussions- und Erstellungsprozess hin. Bemerkenswert, dass diese fünf Konzepte über eine feste lokale kooperative Institution wie ein örtliches Klimaforum, ein lokales Klimanetzwerk oder einen Klimabeirat verfügen.

Der überwiegende Teil der Konzepte der untersuchten zwölf Städte trifft Aussagen zur verwaltungsseitigen Organisation des Klimaschutzes (Klimaschutzmanagement). Die organisatorische und dauerhafte Etablierung der kommunalen

Aufgabe ist auch in der Literatur einer der wesentlichen Erfolgsfaktoren für die Umsetzung von Strategien und Maßnahmen (vgl. Hennicke, Jochem und Prose 2007).

Klimaschutzmaßnahmen sind Maßnahmen, die direkt oder indirekt einen Beitrag zur Reduzierung der Emissionen liefern. Energieeinsparungen sind zweifelsohne zentraler Bestandteil von Klimaschutzstrategien und werden in vielen Konzepten als eigenständiger Bereich deklariert. Klimaschutzmaßnahmen finden sich in nahezu allen städtischen Handlungsfeldern wieder (vgl. Abbildung 6).

Abbildung 6: Kommunale Klimaschutzkonzepte



(Quelle: Rösler 2008: 97)

Handlungsfelder und -strategien:

Aufgrund des Querschnittscharakters der Aufgabe können viele städtische Handlungsfelder einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Lokale Klimaschutzmaßnahmen tragen zur Verringerung der Klimagefährdung bei, sie sind aber auch in der Lage, städtische Lebensqualitäten zu verbessern und ökonomische Vorteile zu generieren. Die Umsetzung von Strategien und Maßnahmen in den Bereichen der Energie-, Verkehrs- und Infrastrukturplanungen, aber auch mittels einer integrierten Stadtentwicklung sind dabei die wesentlichen "Ankerpunkte".

Typische Handlungsfelder im Bereich Klimaschutz:

Energie:	Energiemanagement, Energiewirtschaft
Bewusstsein:	Öffentlichkeitsarbeit und Beratung
Städtische "Hardware":	Technische Infrastruktur und Gebäudewirtschaft/ -management, Verkehr

Räumliche Planung: Siedlungs- und Stadtentwicklung, Bauleitplanung

Nur fünf der analysierten Klimakonzepte, die sich auch mit Klimaanpassung beschäftigen, werden um weitere Handlungsfelder wie Land- und Forstwirtschaft, Natur- und Bodenschutz, Gesundheit, Tourismus sowie Katastrophen- und Bevölkerungsschutz ergänzt.

Insgesamt kann zwischen nichttechnischen, technischen und ökonomisch-wirtschaftlichen Strategien und Maßnahmen unterschieden werden. Nichttechnische Maßnahmen dienen der Motivation, Information und Kooperation und können sowohl zur Erarbeitung eines gemeinsamen, integrierten Klimakonzeptes als auch zur Umsetzung von Klimaschutzstrategien und -projekten und der öffentlichen Diskussion von klimagerechten Stadtentwicklungsstrategien eingesetzt werden (vgl. Abbildung 7):

Abbildung 7: Nichttechnische Maßnahmen zur Information, Motivation und Kooperation

Maßnahmenart	Beispiele
Veranstaltungsangebote	<ul style="list-style-type: none"> • einmalige Veranstaltungen: z.B. Podiumsdiskussionen; • mehrmalige Veranstaltungen: Kurse, Veranstaltungsreihen, Seminare
schriftliche Information	<ul style="list-style-type: none"> • Broschüren, Faltblätter, städtische Umweltzeitungen, Veröffentlichungen, Artikel, Tips in Presse und Amtsblättern
Ausstellungen evtl. mit Rahmenveranstaltungen	<ul style="list-style-type: none"> • Fotoausstellungen, Präsentation von Demonstrationsobjekten (z.B. Photovoltaikanlagen, Dämmaterialien) mit Gelegenheit zum persönlichen Informieren und Diskutieren.
Beratungsangebote	<ul style="list-style-type: none"> • persönliche Beratung, Gutachten, Material ausleihen
Aktionen / Kampagnen	<ul style="list-style-type: none"> • Kooperationsworkshops, "runde Tische", Wettbewerbe

(Quelle: Hennicke, Jochem und Prose 1999: 10)

Im Überblick zu technischen und ökonomischen Strategien und Maßnahmen fällt auf, dass je nach Stadtgröße unterschiedliche Schwerpunktsetzungen getroffen werden. Während größere Städte eher strategische Entwicklungsziele definieren, werden in den Konzepten kleinerer Gemeinden bereits konkrete Maßnahmen erörtert und Projekte konzipiert. Auch die strategische Verschneidung von Handlungsfeldern und Maßnahmen ist eher in Konzepten größerer Städte zu finden. Im Werkstattbericht zum BMBF-geförderten Vorhaben "Klimawandel Unterweser" wird auf die Erfahrung dieser Städte abgestellt. "Eine strategische Bündelung [...] ist v. a. in den Kommunen zu beobachten, die sich bereits seit

längerem mit Fragen des Klimaschutzes beschäftigen und an den vielen Modellvorhaben und Wettbewerben mehr oder weniger erfolgreich teilgenommen haben" (Nischwitz 2007: 19).

Sowohl in den Sekundäranalysen als auch im Rahmen der analysierten Klimaschutzkonzepte sind weitere, wesentliche Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Klimaschutzkonzepten festzustellen:

Typische Bestandteile eines Klimaschutzkonzeptes sind (vgl. Weimer-Jele et al. 2001):

- die Beschreibung der kommunalpolitischen Verankerung des Klimaschutzes,
- eine Bestandsaufnahme und Zielsetzung,
- die sektorübergreifende Beschreibung der Maßnahmenbereiche,
- kommunale Handlungen und Handlungsempfehlungen,
- das Konzept zur Einbindung der Akteure,
- das Konzept zur Erfolgskontrolle.

Die meisten Klimaschutzkonzepte basieren auf CO₂-Bilanzen, die folgende Daten benötigen:

- Einwohnerzahl,
- Beschäftigtenzahlen nach Branchen,
- gewerbliche Struktur,
- Verkehrszahlen,
- Bebauungs- und Versorgungsstruktur,
- Energieverbrauch (Status-Quo),
- Anzahl und Zustand der öffentlichen Gebäude.

Große Unterschiede existieren im Detaillierungsgrad und Aufwand der CO₂-Bilanzierung. In allen Konzepten wird eine Zielaussage zur Senkung der CO₂-Emissionen getätigt, jedoch in unterschiedlicher Form (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Angaben zur Senkung der CO₂-Emissionen

Anzahl der Kommunen	Form der Zielsetzung zur CO ₂ -Minderung
10	Angabe des absoluten Reduktionspotenzials, meist als Mindestgröße.

5	Angabe des Reduktionspotenzials nach Energieverbrauchssektoren.
4	Angabe von Emissionsfaktoren ¹¹ ,
3	Angabe von Bezugs- und Zielzeitpunkt; ggf. zeitliche und quantitative Staffelung des Reduktionspotenzials.
1	Ein Konzept einer kleineren Stadt beziffert quantifizierbare Ziele pro Kopf (Einwohner/Fahrgast...).

(Quelle: Eigene Darstellung)

Alle Konzepte enthalten Angaben zu weiteren quantifizierbaren Bilanzen (exemplarische Auflistung):

- Reduzierung des Energieverbrauchs,
- Anteil erneuerbaren Energien insgesamt, an der Stromproduktion, im Wärmebereich,
- Steigerung des Stromanteils aus Kraft-Wärme-Kopplung,
- Reduzierung des Energieverbrauchs bezogen auf den öffentlichen und privaten Gebäudebestand,
- Ausweitung des Radverkehrsanteils und Verbesserung des Modal Splits zugunsten des ÖPNV,
- Minimierung und Effektivierung des städtischen Fuhrparks,
- Erhöhung des Anteils der Niedrigenergie- und Passiv-Bauweise im privaten Neubaubereich.

Daten und Informationen zur prognostizierten Bevölkerungs- oder Beschäftigungsentwicklung finden in den meisten Konzepten keine Berücksichtigung, so dass stadtentwicklungspolitisch relevante Themen wie der demographische Wandel, Globalisierung, sozialräumliche Segregation aber auch weitere Handlungsbereiche wie Baukultur, soziale Stadt, Flächenmanagement oder Regionalisierung entweder ausgeblendet oder nur angerissen sind. In kaum einem Klimakonzept oder nur in Ansätzen werden Handlungsfeld übergreifende Strategien entwickelt. **Konfliktpotenziale zwischen den verschiedenen Handlungsfeldern werden nicht herausgearbeitet oder thematisiert.**

¹¹ Emissionsfaktoren geben die Menge der Emissionen einer verursachenden Tätigkeit in Gramm pro kWh Energie oder km Fahrstrecke an (vgl. Fischer und Kallen 1997: 97).

4.4 Stadtentwicklungsrelevante Klimaschutzstrategien

Die Handlungsfelder der Stadtentwicklung konzentrieren sich im Klimaschutz vorrangig auf den energiegerechten Städtebau, die Entwicklung von verkehrsarmen und ressourcenschonenden Raum- und Siedlungsstrukturen sowie klimaoptimierte Nutzungszuordnungen und Flächendispositionen. Aufgrund der elementaren Bedeutung des Klimas für Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft wird Klimaschutz als Leitbild einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung thematisiert (vgl. hierzu auch Expertise "Leitbilder und Best-Practice") oder in Aussagen und Festsetzungen zur Flächennutzung, Standorten und Verkehrsführung/-flächen integriert. Folgende, exemplarisch aufgelistete Klimaschutzstrategien werden mit Blick auf planerische Handlungsstrategien für eine klimagerechte Planung innerhalb der untersuchten Konzepte, aber auch in der Literatur diskutiert (vgl. dazu auch Expertise "Leistungspotenziale der Stadtentwicklung").

Tabelle 5: Stadtentwicklungsrelevante Klimaschutzstrategien

Energiegerechter Städtebau	
Strategie	Implementierung über
Energetische Verbesserung des Gebäude- und Siedlungsbestandes	Bauleitplanung, städtebauliche Satzung
Optimierte verschattungsarme Gebäudestellungen	Bauleitplanung, städtebauliche Satzung
Energetisch günstige Bauweisen	Bauleitplanung, städtebauliche Satzung
Verringerter gebäudebezogener Wärmebedarf durch Besiedlungsdichte	Bauleitplanung, städtebauliche Satzung
Klimagerechte Steuerung von Art, Maß und Höhe der baulichen Nutzung	Bauleitplanung
Freihaltung von Kalt-/Frischluftliefergebieten	Grünflächenplanung und Bauleitplanung
Verbesserung der Aufenthaltsbedingungen bzgl. des Behaglichkeitsklimas/Bioklimas	Stadtentwicklungsplanung und Bauleitplanung
Versorgungsorientierte Standortwahl	Stadtentwicklungsplanung und Bauleitplanung, Zentrenkonzept

Energiegerechter Städtebau	
Strategie	Implementierung über
Lenkung und Bündelung des Stadtwachstums aber auch des Rückbaus in der Fläche	Stadtentwicklungsplanung und Bauleitplanung
Vorrang der Innenentwicklung	Stadtentwicklungsplanung und Bauleitplanung; städtische Grundstücksvergabe

Erhaltung und Entwicklung des städtischen + regionalen Grün- und Freiraumsystems, Aufbau von Verbundsystemen	Stadtentwicklungsplanung, Grünflächenplanung und Bauleitplanung
Entwicklung von verkehrsarmen und ressourcenschonenden Raum- und Siedlungsstrukturen	
Strategie	Implementierung über
Verkehrsvermeidende Nutzungszuordnung durch kleinräumige Funktionsmischung	Bauleitplanung, Zentrenkonzept, Verkehrsplanung
Konzentrierte Siedlungsflächenerweiterung an leistungsfähigen Verkehrs- und Infrastrukturorten und -trassen	Stadtentwicklungsplanung, Bauleitplanung, Verkehrsplanung
Stärkung des ÖPNV in Siedlungsschwerpunkten	Stadtentwicklungsplanung, Bauleitplanung, Verkehrsplanung
Förderung des Radverkehrs	Stadtentwicklungsplanung, Bauleitplanung, Verkehrsplanung
Verkürzung der Transportwege, Nachverdichtung	Stadtentwicklungsplanung, Bauleitplanung, Verkehrsplanung
Vorgaben der städtebaulichen Dichte, Einwohner-/Arbeitsplatzdichten (Mindestzielwerte)	Stadtentwicklungsplanung, Bauleitplanung, Zentrenkonzept
Klimabezogene Ausweisung von Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des BImSchG; Emissionsbezogene Regelungen für Gewerbe- und Industrieflächen	Bauleitplanung
Klimabezogene Ausweisung von Flächen und Standorten für Versorgungsanlagen, bspw. Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung, Windpark	Bauleitplanung

(Quelle: Eigene Darstellung)

In der Übersicht klimaschutzbezogener Stadtentwicklungsstrategien zeigt sich, dass Klimaschutz eine ausgeprägte räumliche und städtebauliche Dimension besitzt (vgl. Krautzberger 2008). In der Vorbereitung, Begleitung und Korrektur von raum- und damit klimarelevanten Entscheidungen einerseits und ihres integrierenden Anspruchs andererseits nimmt Stadtentwicklung im Rahmen von städtischen Aufgaben eine exponierte Stellung ein. Wie in der Analyse der Konzepte deutlich geworden ist, verstehen sich Städte bislang in erster Linie als Verursacher des Klimawandels. In einigen, jüngeren Konzepten wird Stadt erstmalig auch als Adressat von Klimafolgen behandelt.

Aufgrund der Verursacherperspektive bestehen bereits zwischen einzelnen Klimaschutzstrategien unterschiedliche Zielrichtungen (vgl. dazu Expertise "Leistungspotenziale der Stadtentwicklung"). Vermeidung von Verschattungen und der Erhalt der Durchlüftung kann raumbezogen mit dem Gebot des

sparsamen Umgangs von Grund und Boden kollidieren. Auch zwischen Klimaschutz und Klimaanpassung bestehen Synergien (z.B. Gebäudedämmung zur Energieeffizienz und zum Schutz vor der Aufheizung von Gebäuden) und Konflikte (z.B. bestimmte stark sturm- und hagelanfällige Solarmodule). Solarenergetische Optimierung steht ggf. Kühlungspotenzialen durch Verschattung entgegen. Diese Synergien und Konflikte gilt es im Rahmen der städtischen Zieldiskussion und Abwägung zu identifizieren und aufzulösen.

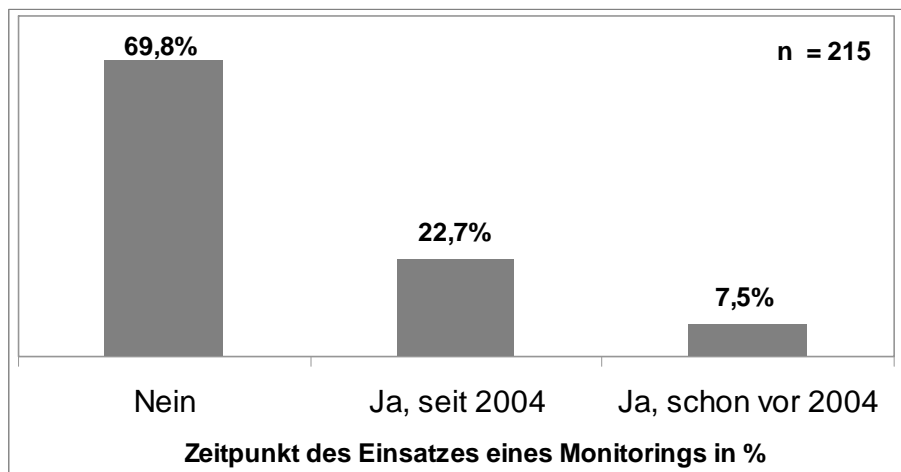
Integrierte klimagerechte Stadtentwicklung kann demnach nur die gleichzeitige Berücksichtigung von vorsorgendem Klimaschutz und Klimaanpassung sein.

4.5 Ausblick und Empfehlungen

Klimakonzepte sind bislang überwiegend Klimaschutzkonzepte mit einer deutlichen Akzentuierung der Energieeffizienz und CO₂-Minderung. Die Beschäftigung mit dem Thema der Klimaanpassung ist eher die Ausnahme. Erste Hinweise auf Veränderungsprozesse und eine Sensibilisierung für Klimaanpassung, auch in der lokalen Klimapolitik sind wahrzunehmen (vgl. Nischwitz 2007). Doch "die Einbindung der Klimapolitik als eine wesentliche Aufgabenstellung in eine lokale oder regionale Entwicklungsstrategie ist kaum zu beobachten" (ebd.:20). Es scheint, als ob die in den Klimakonzepten entwickelten Maßnahmen und Strategien keinen streitbaren Charakter entfalten. Erste größere Städte (Stuttgart, München oder Hamburg) diskutieren oder gehen bereits neue Wege, in dem sie auf eine jahrelang geübte gute Praxis und gesammelten Erfahrungen aufbauen. Auf der anderen Seite stehen einige Kommunen den neuen Herausforderungen im Umgang mit dem Klimawandel noch sehr unerfahren gegenüber. Insgesamt erscheint es im Sinne einer klimagerechten Stadtentwicklung unabdingbar, einen Handlungsansatz zu konzipieren, der den **Umgang mit dem Klimawandel zu einem integrierten und strategischen Bestandteil der Stadtentwicklung werden lässt**. Die Stadtentwicklung muss anders als in übergreifenden Klimaschutzkonzepten in ihren eigenen Aktionsprogrammen eine Verschneidung mit stadtentwicklungspolitisch relevanten Themen herstellen und integrierte Strategien entwickeln.

Kommunalspezifisch ist die Frage zu beantworten, welche Strategien, Strukturen und Nutzungskonzepte für eine nachhaltige Stadtentwicklung nötig sind. Gleichfalls zeigt die Analyse der bestehenden Klimakonzepte, dass der notwendige Umgang mit Unsicherheiten und Wandel einerseits, aber auch die Identifikation und die Lösung von Zielkonflikten innerhalb von Klimakonzepten andererseits längst noch keinen Einzug in städtisches Denken und Handeln gefunden haben.

Wichtig für – wie immer auch geartete Klimakonzepte – ist eine qualitätsvolle Gestaltung der Entstehungs- und Umsetzungsprozesse (vgl. BBSR-Online-Publikation 26/09 „Climate-Proof Planning“). In den Konzepten finden sich selten Aussagen zu Verantwortlichkeiten, Entscheidungsstrukturen oder notwendigen Arbeitsschritten. **Instrumente wie "Adaptive Management", Zielvereinbarungen aber auch das Konzept der strategischen Planung sind vor diesem Hintergrund im Sinne einer klimagerechten Stadtentwicklung neu zu diskutieren.** Die Analyse hat gezeigt, dass auch Konzepte selbst flexibel sein müssen und parallele Instrumente installiert werden müssen, um auf veränderte Herausforderungen reagieren zu können. Ein zielgerichtetes Monitoring bspw. ist in der Lage, die Auswirkungen des Klimawandels auf die verschiedenen Handlungsfelder und Veränderungen frühzeitig zu dokumentieren und die Planung von Maßnahmen zu unterstützen. Wie auch in der Analyse der Klimakonzepte festgestellt, bestehen erhebliche Unterschiede im Vorhandensein und in der Ausgestaltung von Klimakonzepten in Abhängigkeit von der zugrundeliegenden Stadtgröße. Ähnliche Bedingungen sind auch bei der Formulierung (hier Einführung eines Monitorings) zu berücksichtigen (vgl. Abbildung 8).

Abbildung 8: Zeitpunkt der Einführung eines Monitorings in Mittelstädten¹²

(Quelle: Rüdiger 2009: 344)

Über die Einbindung in Klimabündnissen, Netzwerken oder auch als Modellvorhaben können eine gewinnbringende Vernetzung und ein zielorientierter Erfahrungsaustausch über bewährte Methoden und Strategien zum Umgang mit dem Klimawandel erfolgen. In der öffentlichen Diskussion insgesamt, aber auch in den Konzepten und Strategien selbst ist stärker hervorzuheben, dass kommunaler Klimaschutz eine kosteneffiziente Komponente besitzt.

Neben den typischen Handlungsfeldern zum Klimaschutz sind neue Aufgaben aus dem Erfordernis Klimaanpassung hinzugetreten (vgl. BBSR-Online-Publikation 22/09 – Ursachen und Folgen des Klimawandels durch urbane Konzepte begegnen), die für die Stadtentwicklung aufbereitet und in tragfähigen Prozessen erarbeitet werden müssen.

¹² Analysiert wurde das Planungsverhalten von Mittelstädten zwischen 20.000 und 100.000 Einwohner in 2006. Der Einsatzbereich des Monitorings wurde mit einer zweiten Frage erhoben. Hier rangierte Bauleitplanung vor dem Umweltbereich.

5 Best Practice

Der Erstellung dieser Expertise liegt die Annahme zugrunde, dass Best-Practice-Beispiele ebenso wie Leitbilder vor dem Hintergrund des sich wandelnden Klimas für die Raumentwicklung allgemein, aber auch für die Stadtentwicklung an Bedeutung gewinnen. Ziel dieser Expertise ist es, die Rolle von Best-Practice-Beispielen für eine klimawandelgerechte Stadtentwicklung zu analysieren und Rahmenbedingungen für deren Einsatz bei der Gestaltung von zukünftigen Stadtentwicklungsprozessen abzuschätzen. Dabei geht es einerseits um inhaltliche Fragen, oft aber auch um Fragen der Organisation und Finanzierung von Anpassungsprozessen. Best-Practice-Beispiele haben den Vorteil, dass sie über den konzeptionellen Status eines Ansatzes hinausgehen und die Machbarkeit (aber ggf. auch Grenzen) aufzeigen können. Eine besondere Herausforderung besteht im Transfer und in der Verbreitung von Best-Practice-Beispielen.

In der Expertise werden bestehende nationale und internationale Projekte und Aktivitäten unter Berücksichtigung der Erkenntnisse laufender und abgeschlossener Forschungsprojekte daraufhin untersucht, inwiefern sie sich als Good- und Best-Practice-Beispiele zur klimagerechten Stadtentwicklung eignen und übertragen lassen.

5.1 „Best Practice“ und „Good Practice“

Das Modell der Nutzung von Best Practice („hervorragende Praxis“) wird insbesondere im unternehmerischen Zusammenhang verwendet. Bei Best Practices handelt es sich um **„vorbildliche und nachahmenswerte** Gestaltungen, Ausführungen, Lösungen oder Verfahrensweisen, die sich im Rahmen rechtlicher Vorgaben am Besten zur Zielerreichung eignen“ (vgl. BMASK 2009a).

Demgegenüber bezeichnen Good Practices **„praktisch erfolgreiche** Gestaltungen, Ausführungen, Lösungen oder Verfahrensweisen, die im Rahmen rechtlicher Vorgaben **anerkannte** Standards beachten“ (vgl. BMASK 2009b). Gegenüber Best Practice geht es hierbei also um eine vereinfachte Ermittlung von Lösungen zur Verbesserung bzw. Fehlervermeidung unter Berücksichtigung des Verhältnisses von Aufwand und Nutzen.

Häufig wird der Begriff Best Practice durch Good Practice ersetzt, um dem Vorwurf zu entgehen, dass die Best-Practice-Variante als einzigartig und überlegen gegenüber allen anderen Lösungen betrachtet wird. Aufgrund der Geläufigkeit von „Best Practice“ wird der Begriff häufig jedoch nicht aufgegeben (Bammer und Böhler 2004).

Als **allgemeingültige Kriterien** von Best Practice gelten (Bammer und Böhler 2004):

- nachhaltiger, über einen längeren Zeitraum andauernder Erfolg,
- messbare Ergebnisse,
- innovativ,
- anerkannte positive Wirkungen im Sinne von Outcome,
- ggf. mit geringen Änderungen wiederholbar,
- in einem ausreichend großen Einsatzbereich und nicht durch regionale oder andere Besonderheiten bedingt.

5.2 Möglichkeiten und Grenzen von Best Practice

Best-Practice-Beispiele gelten als Erfolg versprechende Modelle für die Verbreitung und den Transfer von Handlungswissen. Sie werden in verschiedensten Anwendungsbereichen zur Unterstützung von Lernprozessen und zum Anstoßen von Veränderungen herangezogen. Dabei wird implizit vorausgesetzt, dass gelungene Problemlösungen aus einem Anwendungsbereich auf einen anderen (vergleichbaren) Bereich übertragen werden können (Nagler 2005).

Der Transfer eines Beispiels in einen anderen Kontext stellt jedoch eine große Anpassungsleistung dar. Der Nutzer eines Best-Practice-Beispiels muss zunächst den Kontextbezug des Beispiels verstehen und eine Reformulierung des Problems vornehmen, indem der Kontextbezug des eigenen Problems berücksichtigt wird. Daraufhin muss die Beispiellösung an die eigenen Bedürfnisse angepasst werden (Bammer und Böhler 2004).

Dieser Umstand wird als eine der Schwächen von Best-Practice-Beispielen angesehen, die in Datenbanken oder als Fallbeispiele präsentiert werden: Dort steht in der Regel die allgemeine und verallgemeinernde Beschreibung im Vordergrund, wohingegen die wichtigen Kontextbezüge vernachlässigt werden. Eine detaillierte Beschreibung, unter welchen Rahmenbedingungen wie vorgegangen wurde, unterbleibt und Handlungsanleitungen fehlen in der Regel. Somit wird das Lernen aus anderen Beispielen oder Erfolgsgeschichten erschwert oder gar ganz verhindert (Nagler 2005).

Die erfolgreiche Nutzung von Best-Practice-Beispielen bedarf also einiger Rahmenbedingungen:

- zeitliche (und ggf. finanzielle) Ressourcen, um geeignete Beispiele zu suchen (Datenbanken, Internet, ...) und als relevant zu identifizieren.

- Beschreibung des Kontextbezuges (Problemzusammenhangs) des Best-Practice-Beispiels muss vorhanden sein,
- Kompetenz des Best-Practice-Nutzers, den Kontextbezug des Beispiels zu analysieren und auf die Anforderungen des eigenen Problems zu übertragen,
- zeitliche (und ggf. finanzielle) Ressourcen, um sich diese Kompetenz ggf. anzueignen.

5.3 Ausgewählte Best-Practice-Beispiele und Wettbewerbe zu Klimaschutz und Klimaanpassung

Allgemein

klimazwei-Projekte: Bei der BMBF-Fördermaßnahme „klimazwei - Forschung für den Klimaschutz und Schutz vor Klimawirkungen“ des Rahmenprogramms „Forschung für Nachhaltigkeit“ (FONA) stand die Entwicklung praxisorientierter Handlungsstrategien im Mittelpunkt. Projekte zum Klimaschutz und zum Schutz vor Klimawirkungen:

- Website: <http://www.klimazwei.de/tabid/36/Default.aspx>.

Wettbewerb „KlimaKommune NRW“: Ziel des Wettbewerbs „Aktion Klimaplus – NRW-Klimakommune der Zukunft“, in deren Rahmen die Stadt Bottrop und die Gemeinde Saerbeck 2009 ausgezeichnet worden sind, ist frühzeitig zukunftsweisende Ideen und Erfahrungen zu sammeln, wie Städte und Gemeinden im ländlichen Raum von Nordrhein-Westfalen mit dem Klimawandel und seinen Folgen umgehen können. Die erarbeiteten integrierten Konzepte zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung sollen weitere Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen zur Nachahmung inspirieren.

- Stadt Bocholt: Wettbewerb „Aktion Klimaplus“ - NRW Klimakommune der Zukunft - Integriertes Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept.
Bewerbung der Stadt Bocholt: 2. Phase.
Internet:
http://www.bocholt.de/intabox/medienarchive/fb35/klimakommune_antrag_bocholt_komplett.pdf
- Gemeinde Saerbeck: Integriertes Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept - „Aktion Klimaplus – NRW-Klimakommune der Zukunft“.
Internet:
http://www.saerbeck.de/city_info/display/dokument/show.cfm?region_id=352&id=332274&design_id=8895&type_id=0.

Des Weiteren können an dieser Stelle weitere Forschungsprogramme bzw. -projekte genannt werden, die zwar nicht explizit auf kommunale Klimaanpassung abstellen, sich aber mit Themen beschäftigen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Klimawandel stehen:

BMBF-RIMAX: Im Rahmen des Programms RIMAX werden durch Integration unterschiedlicher Fachdisziplinen und verschiedener Akteure verbesserte Instrumente des Hochwasserrisikomanagements entwickelt und implementiert. Im Fokus stehen extreme Hochwasserereignisse, welche einmal in hundert Jahren oder seltener auftreten, aber große volkswirtschaftliche Schäden anrichten. Website: <http://www.rimax-hochwasser.de/>

European Research Areas (ERA): Um die europaweite Koordinierung der Forschungsprogramme zu verwirklichen, sollen sich Forschungsmanagementeinrichtungen der Mitgliedsstaaten zusammenschließen und gemeinsame Ausschreibungen im Rahmen so genannter European Research Area Networks (ERA-NET) realisieren. Voraussetzung dafür ist eine Analyse der nationalen Förderprogramme und Förderverfahren, die Evaluierung der jeweiligen Programmzielsetzungen und die Erarbeitung eines gemeinsamen strategischen Förderkonzepts. Die Themen Klimaschutz und Klimaanpassung sind in einigen dieser ERA-NETs prominent vertreten.

- **ERA-Net CIRCLE:** Climate Impact Research Coordination for a Larger Europe/Folgen des Klimawandels und Anpassung an veränderte Klimabedingungen: CIRCLE läuft zunächst bis einschließlich 2009, eine Verlängerung ist jedoch bereits absehbar. Unter den Partnerprogrammen werden konkrete gemeinsame Aktionen (Ausschreibungen, Projektclustering, Anpassungen der Forschungsagenden...) vorbereitet. CIRCLE umfasst seit 2006 über 20 Forschungsprogramme in 18 Ländern Europas. Die enge Abstimmung mit der europäischen Kommission und der europäischen Umweltagentur (EEA) soll sicherstellen, dass CIRCLE sowohl die nationalen als auch die europäischen Institutionen bestmöglich im Bereich Klimafolgen und Anpassungsmaßnahmen unterstützt.
- **ERA-Net URBAN:** Coordination of the Funding of Urban Research in Europe/Forschung zur städtischen Umwelt in Europa. Das Konsortium dieses ERA-NET-Projekts besteht aus Managerinnen und Managern der wichtigsten nationalen urbanen Forschungsprogramme aus ganz Europa. Eine nachhaltige urbane Entwicklung stellt neue Anforderungen an die Forschung und genau diese Anforderungen sollen im Rahmen des URBAN-NET-Projekts identifiziert werden. Ein Themenschwerpunkt ist hierbei der Bereich "Städte im Klimawandel".
- **ERA-Net CRUE:** Das ERA-NET CRUE ist ein europaweites Netzwerk, in dem sich die Fördereinrichtungen aus 11 Ländern zusammengeschlossen

haben, um ihre Forschungsprogramme im Bereich des Hochwasser-Risikomanagements zu koordinieren und gemeinsame Förderaktivitäten zu starten. Als erstes Ergebnis der gemeinsamen Arbeit liegt nun eine umfassende Übersicht zu den Hochwasserforschungsprogrammen der beteiligten Länder vor.

Klimaschutz

Zum Thema kommunaler Klimaschutz lässt sich eine große Zahl von Best- bzw. Good-Practice-Beispielen finden. Daher kann hier nur eine Auswahl relevanter Beispiele präsentiert werden.

Beispiele aus Deutschland:

Wettbewerb „Klimaschutzkommune 2009“: Die Deutsche Umwelthilfe hat im September 2008 den Wettbewerb „Klimaschutzkommune 2009“ ausgelobt und Städte und Gemeinden mit bis zu 20.000 Einwohnern aufgerufen, ihre Klimaschutzaktivitäten zu präsentieren und sich mit anderen Kommunen im Wettbewerb zu messen. Bis Mitte Januar 2009 konnten sich die Kommunen bewerben und insgesamt 58 Städte und Gemeinden sind diesem Aufruf gefolgt. Sie stellen sich den zentralen Fragestellungen im kommunalen Klimaschutz und zeigen ihr lokales Engagement.

- Website: <http://www.duh.de/index.php?id=1851>

Energienetzwerk Nordwest (ENNW): 29 Städte, Gemeinden und Landkreise sowie die EWE AG und die Bremer Energie-Konsens haben sich 2006 im Energienetzwerk Nordwest (ENNW) zusammen geschlossen. Ziel des umfassenden Netzwerkes ist es, einen verstärkten Energiedialog in der Metropolregion Bremen-Oldenburg zu pflegen.

- Website: <http://www.energienetzwerk-nordwest.de>

Klimaschutzkampagne der Stadt Heidelberg.

- Website: <http://www.klimasuchtschutz.heidelberg.de>

Klima-Allianz Hannover 2020. Quelle: Landeshauptstadt Hannover und Stadtwerke Hannover AG (2007): Klima-Allianz Hannover 2020. Arbeitsplan zur Erarbeitung eines Kommunalen Klimaschutzprogramms 2008 bis 2020 für die Landeshauptstadt Hannover.

- Website: http://www.hannover.de/data/download/lhh/umw_bau/energie/Arbeitsprogramm_Klimaschutz.pdf

ARGEBAU: Städte und Gemeinden haben bereits viele kreative Ideen im Bereich der Stadtplanung entwickelt und umgesetzt. Als Denkanstöße werden im

Folgenden einige der guten Beispiele aufgelistet. In diesem Zusammenhang macht die Bauministerkonferenz auf die Veröffentlichungen des Deutschen Städtetages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und der Deutschen Umwelthilfe „Städte und Gemeinden aktiv für den Klimaschutz“ aufmerksam. Die ARGEBAU führt in ihrer Liste u.a. folgende Best-Practice-Kommunen:

- **Münster:** Kampagne: "KLIMA sucht SCHUTZ in MÜNSTER".
Internet: <http://www.muenster.de/stadt/umwelt/klima-sucht-schutz.html>
- **Augsburg:** Klimaschutzkonzept der Stadt Augsburg:
Internet:
http://www2.augsburg.de/fileadmin/www/dat/04um/klischutz/schutzkonzept/pdf/konzept_gesamt_endfassung_mai_2004.pdf.
- **Leipzig:** Klima-Allianz Leipzig.
Internet: <http://www.klima-allianz-leipzig.de>.
Klimaschutzprogramm der Stadt Leipzig:
Internet: http://www.oekoloewe.de/klimaallianz/wp-content/uploads/2009/05/iv-rb-238-text_klimaschutzprogramm_leipzig.pdf.
- **Mainz:** Mainzer Stiftung für Klimaschutz und Energieeffizienz
Internet: <http://www.klimaschutz-mainz.de>.
- **Hamburg:** Hamburger Klimaschutzkonzept 2007-2012;
Quellen:
Internet: <http://www.klima.hamburg.de>
Freie und Hansestadt Hamburg (2007): Hamburger Klimaschutzkonzept 2007 – 2012. Klimaentwicklung verstehen, Klimawandel mildern, Klimafolgen bewältigen. Hamburg
Internet: http://fhh1.hamburg.de/070821_klimaschutz-2007-2012.pdf.
Freie und Hansestadt Hamburg (2007): Klimaschutz Hamburg 2007 bis 2012 - Klimaentwicklung verstehen, Klimawandel mindern, Klimafolgen bewältigen.
Freie und Hansestadt Hamburg (2007): Klimaschutz. Hamburg fördert! Modernisieren, Erneuern, Entwickeln. Hamburg. Internet:
<http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/pressemitteilungen/2007/september/14/klimaschutz-hamburg-foerdert,property=source.pdf>.

Weitere Netzwerke: In Deutschland gibt es aktuell vier international ausgerichtete Netzwerke von Kommunen und Regionen, die sich mit dem Klimawandel und der Klimapolitik intensiv beschäftigen. Dabei weisen sie neben einer erheblich voneinander abweichenden Mitgliederstärke auch differenzierte inhaltliche und räumliche Ausrichtungen auf (Nischwitz 2007: 10ff.):

ICLEI – „Städte für den Klimaschutz“: Bei ICLEI, dem Internationalen Netzwerk für Kommunale Umweltinitiativen, sind 22 deutsche Städte aktiv (www.iclei.org). Im Bereich Klimaschutz führt ICLEI eine Kampagne „Städte für den Klimaschutz“ (Cities for Climate Protection - CCP) durch. An dieser Kampagne nehmen insgesamt neun deutsche Städte bzw. Gemeinden teil: Berlin, Berlin - Köpenick, Dresden, Freiburg, Hannover, Heidelberg, Karlsruhe, Saarbrücken und Viernheim. Zusammen zielen sie auf Aktivitäten zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und auf die Vorbereitung von Anpassungsmaßnahmen.

Energie Cités: Energie Cités ist ein europäisches Netzwerk, das auf den lokalen Energiepolitiken seiner Mitglieder ansetzt und diese im Bereich der Energieeffizienz sowie in der Förderung der dezentralisierten Energiequellen unterstützt. Zu den deutschen Mitgliedern gehören: Ettlingen, Frankfurt a.M., Freiburg, Heidelberg, Stuttgart, München, Region Hannover, Rathenow, Saarbrücken und Ulm (www.energie-cites.org).

RENET2: Das Netzwerk RENET2 verbindet europäische Regionalinitiativen, die eine regionale Energiewende durch den Einsatz von erneuerbaren Energien einleiten wollen (www.100re.net). In Deutschland sind die Netzwerke und Initiativen bislang in fünf unterschiedlich großen Regionen tätig: Region Ostwestfalen-Lippe (NRW, Verein), Sachsen-Anhalt (Regionales Netzwerk von Unternehmen in vier Landkreisen), Landkreis Fürstfeldbruck (Bayern, Verein mit Geschäftsstelle im Landratsamt), Landkreise Barnim und Uckermark (Brandenburg, Landkreise), Region Lübow-Krassow (Mecklenburg-Vorpommern, Verein). Dieses jüngste Klima-Netzwerk gibt einen Überblick über die neuesten Entwicklungen, aktuelle Themen in den Bereichen Erneuerbare Energien und nachhaltige Regionalentwicklung. Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass man durch RENET, mit einem geringen Einsatz von Ressourcen, eine gute Möglichkeit geschaffen hat, Informationen über regionale Aktivitäten zu erhalten. Nach Auslaufen der Projektförderung seitens der EU ist allerdings zu befürchten, dass die Pflege des Netzwerkes und der Internetseite nicht mehr gewährleistet werden kann.

Klima-Bündnis: Die weitaus größte Mitgliederzahl von 374 Kommunen und Landkreisen kann das Klima-Bündnis aufzeigen. Die meisten Mitglieder stammen aus Baden Württemberg (87), Nordrhein-Westfalen (83), Niedersachsen (51) und Hessen (45). Demgegenüber ist Ostdeutschland nur marginal mit insgesamt 23 Mitglieder vertreten (= 6,1 %). Ein Großteil der deutschen Metropolen (München, Berlin, Hamburg, Köln, Hannover, Stuttgart) ist ebenso vertreten wie wesentliche Vertreter von größeren Städten (z.B. Münster, Bonn, Heidelberg). Neben 350 Kommunen beteiligen sich auch 24 Landkreise am Klima-Bündnis. Die Aktivitäten des Klima-Bündnisses zielen auf eine umfassende Klimapolitik mit Maßnahmen zum Schutz und zur Anpassung ab. Das Bündnis stellt umfangreiche Beratungs- und Serviceleistungen zur Verfügung, führt Kampagnen durch und bietet

Informationen zu den wesentlichen Handlungsfeldern der Klimapolitik. Im Vordergrund steht eine Einbettung der Klimapolitik in die städtische und regionale Entwicklungspolitik (www.klimabuendnis.org).

Internationale Beispiele:

Klimaschutzprogramm der Stadt Wien (KliP): Die Stadt Wien hat sich zum Ziel gesetzt, die Emissionen an Treibhausgasen zu reduzieren. Zu diesem Zweck wurde das KliP Wien ausgearbeitet. Das KliP Wien ist aber nicht nur ein Programm um Treibhausgase zu verringern. Es soll auch positive Impulse für die Wirtschaft setzen und einen Beitrag zur hohen Lebensqualität in Wien leisten.

- Website: <http://www.wien.gv.at/umwelt/klimaschutz/>.

Citizens' Climate Initiative: TAMPERE 21: 1992 initiierte eine Gruppe von Nichtregierungsorganisationen, genannt TAMPERE 21, in Zusammenarbeit mit der Universität Tampere einen Dialog zwischen Bürgern und Entscheidungsträgern über Klimaschutzaktivitäten auf lokaler Ebene. Ergebnis waren eine neue umweltpolitische Ausrichtung der Stadt Tampere, ein erhöhtes öffentliches Bewusstsein sowie ein Handbuch zum kommunalen Klimaschutz.

- Website: http://www.eukn.org/susta/themes/Urban_Policy/Social_inclusion_and_integration/Community_development/Citizens_participation/Tampere-21_1267.html.

Klimaanpassung

KLIMZUG-Projekte: Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert die Entwicklung innovativer Ansätze zur Anpassung an den Klimawandel mit der Fördermaßnahme KLIMZUG. Sie stellt den regionalen Ansatz der Klimaanpassung in den Fokus. Die Umsetzung der Klimaanpassung soll durch die Bildung regionaler Netzwerke zwischen Wissenschaft, Unternehmen, Verwaltung und gesellschaftlichen Bedarfsträgern erreicht werden. KLIMZUG will durch diese Kooperationsnetzwerke die Stärken der Akteure bündeln und eine Integration der zu erwartenden Klimaänderungen in regionale Planungs- und Entwicklungsprozesse erreichen. Hiermit soll zu einer zeitgerechten Klimaanpassung beigetragen werden, die langfristig tragfähig ist und den Wirtschaftsstandort Deutschland stärkt.

KLIMZUG führt 7 Projektverbünde durch, bei dem in Teilprojekten auch best-practice-Maßnahmen bis zum Jahr 2015 erarbeitet werden.

Website: <http://www.klimzug.de>.

klimazwei-Projekte: Bei der BMBF-Fördermaßnahme „klimazwei - Forschung für den Klimaschutz und Schutz vor Klimawirkungen“ des Rahmenprogramms

„Forschung für Nachhaltigkeit“ (FONA) steht die Entwicklung praxisorientierter Handlungsstrategien im Mittelpunkt. Die bisherige Grundlagenforschung zum Klimasystem und zur Atmosphäre wird um anwendungsorientierte Aspekte aus den Bereichen des Klimaschutzes und des Umgangs mit einem veränderten Klima ergänzt.

Website: <http://www.klimazwei.de>

KLARA-Net: Regionales Beispiel, jedoch mit vielen Bezügen zur kommunalen Ebene. Seit Herbst 2006 setzt sich das in der BMBF-Fördermaßnahme „klimazwei“ geförderte regionale Netzwerk KLARA-Net (Netzwerk zur KLimaAdaption in der Region Starkenburg) mit dem Umgang von Klimafolgen in der Region Starkenburg in Südhessen auseinander. Ziel ist es, innerhalb dieses Akteursnetzwerkes zukunftsgerichtete Schritte zur Anpassung unterschiedlicher Handlungsbereiche (u.a. Bauwirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Gesundheit) zu entwickeln.

- Website: <http://www.klara-net.de>.

5.4 Best-Practice-Datenbanken und Quellensammlungen zu Klimaschutz und Klimaanpassung

Allgemein

Projektkatalog Klimafolgen und Anpassung: Der Projektkatalog des Umweltportals Deutschland führt vorhandenes Wissen zu Klimafolgen und Anpassung zusammen und dient als eine Informationsbasis für Akteure im Klimaschutz sowie für die breite Öffentlichkeit. Die Dokumentation der Informationen erfolgt anhand einer für den Projektkatalog entwickelten Dokumentations- und Analysematrix, die eine strukturierte Suchwort-Recherche im Umweltdatenkatalog (UDK) und damit einen Überblick über die verfügbare Informationsbasis ermöglicht.

- Website: <http://www.portalu.de>.

Klimaschutz

Climate Compass: Fallbeispiele für kommunalen Klimaschutz (z.T. in englischer Sprache: Case Studies - Climate Policy: Measures with examples in the field of Climate Policy).

- Website: http://www.climate-compass.net/examples_climatepol.html.

Climate Toolbox: Beispiele für kommunalen Klimaschutz. Die Climate Toolbox - ein Werkzeugkasten für wirksame Klimakommunikation auf kommunaler Ebene.

- Website: <http://www.climate-toolbox.net/projektsuche.html>.

„Tatenbank“ Energiekommunal: Datenbank zu kommunalen Klimaschutzprojekten.

- Website:
http://www.energiekommunal.de/index.php?id=112&akt_page=1.

Climate-Star: Auszeichnung verliehen vom Klima-Bündnis. Die europäischen Gewinner-Gemeinden und deren Projekte sind bei den dazugehörigen Projektbeschreibungen zu finden.

- Website: <http://www.klimabuendnis.org/228.html?&L=1>.

Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“.

Quelle: Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund und Deutsche Umwelthilfe (2007): Städte und Gemeinden aktiv für den Klimaschutz Gute Beispiele aus dem Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“.

Klimaanpassung

KomPass-Projektkatalog Klimafolgen und Anpassung: Der Projektkatalog des Kompetenzzentrums Klimafolgen und Anpassung (Umweltbundesamt) enthält Ziele und Beschreibungen von Projekten, die sich mit Klimafolgen und Anpassung an den Klimawandel in Deutschland und Mitteleuropa befassen.

- Website: <http://www.anpassung.net> -> Projektkatalog

5.5 Handbücher und Leitfäden

Klimaschutz

DifU-Leitfaden zur Erarbeitung und Umsetzung kommunaler Klimakonzepte.

Fischer, Annett und Carlo Kallen (Hrsg.) (1997): Klimaschutz in Kommunen. Leitfaden zur Erarbeitung und Umsetzung kommunaler Klimakonzepte. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik. DifU-Reihe "Umweltberatung für Kommunen".

Leitfaden für Klimaschutz in der integrierten Stadtentwicklung.

Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (2009): Klimaschutz in der integrierten Stadtentwicklung. Handlungsleitfaden für Planerinnen und Planer.

Klimaanpassung

AMICA: Im INTERREG IIIC-Projekt AMICA „Adaption and Mitigation – an Integrated Climate Policy Approach“ wird ein neuer Ansatz in der Umweltpolitik besprochen, der langfristigen Klimaschutz mit kurz- und mittelfristigen Anpassungsmaßnahmen kombiniert, um auf lokaler Ebene Entscheidungen hinsichtlich Klimaschutz und Klimaanpassung sowie die Allokationen der finanziellen Mittel zu verbessern. Beispiele für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel (nur in englischer Sprache).

- Website: <http://www.amica-climate.net>

KLARA-Net: Broschüren zur Anpassung an den Klimawandel:

- Step 1: Schritte zur Anpassung an den Klimawandel, Internet: <http://www.klara-net.de/files/uploads/broschuere.pdf>;
- Step 2: Checkliste & Merkblätter, Website: <http://www.klara-net.de/files/uploads/broschuere.pdf>.

MuniRes-Leitfaden: Handlungsleitfaden Gefährdung durch Klimawandel und europäische Kommunen zur Anpassung und Reaktion auf den Klimawandel.

- Website: http://nordregio.se/munires/Guidelines_DE_11.12.08.pdf.

ESPACE-Projekt: Im INTERREG IIIB-Projekt „European Spatial Planning – Adapting to Climate Events“ wurde eine Anpassungsstrategie entwickelt. Die Strategie umfasst insgesamt 14 Empfehlungen, zu denen die ESPACE-Partner mehrere Fallstudien, Instrumente sowie Beispielpläne und -strategien erarbeitet haben. Die 14 Empfehlungen richten sich an alle Verwaltungsebenen, von europäischen Einrichtungen über nationale Regierungen bis hin zu regionalen und

lokalen Behörden. In speziellen Fällen enthält die Strategie zudem konkrete Anregungen für bestimmte Ebenen.

- Website: http://www.espace-project.org/part1/part1_strategygr.htm

Leitfaden für kanadische Kommunen zur Klimaanpassung: Mithilfe dieses Leitfadens soll es Entscheidungsträgern und Planern erleichtert werden, Anpassungsmaßnahmen zu identifizieren und diese in lokale Entwicklungsstrategien zu integrieren. Dazu wird ein Prozess vorgeschlagen, welcher eng an den aktuellen Planungszyklus gebunden ist (nur in englischer Sprache).

Quelle: Bizikova L., T. Neale and I. Burton 2008: Canadian communities' guidebook for adaptation to climate change;

- Website: <http://www.forestry.ubc.ca/LinkClick.aspx?fileticket=xsexCSatHjo%3d&tabid=2455&mid=5415&language=en-US>

5.6 Ausblick und Empfehlungen

Die vorangegangene Übersicht hat eine große Bandbreite an Good- und Best-Practice-Beispielen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung aufgezeigt. Die Liste ließe sich noch ergänzen; andererseits bestehen zwischen den einzelnen Datenbanken und Best-Practice-Sammlungen auch deutliche Überschneidungen.

Eine zielgerichtetere Nutzung von Best-Practice-Beispielen für Klimaschutz und Klimaanpassung könnte durch deren Bewertung anhand einheitlicher Kriterien geschaffen werden. Hier wären beispielsweise die umfassende Dokumentation des Kontexts, des Ressourceneinsatzes, die Beschreibung des Umgangs mit Umsetzungshemmnissen usw. zu nennen.

Dies steht in engem Zusammenhang mit der Informationstiefe zu den einzelnen Beispielen. Für die interessierten Akteure kommt es auf eine genaue Auseinandersetzung mit dem jeweiligen regionalen oder lokalen Kontext an und erfordert in der Regel neben der Lektüre relevanter Quellen (Desktop Research) vor allem die Kontaktsuche mit den Beteiligten im Best-Practice-Beispiel sowie idealerweise auch Termine vor Ort. Dies ist von beiden Seiten jedoch mit einem relativ erhöhten Ressourcenaufwand verbunden.

Neben der Analyse von Best-Practice-Beispielen sollte durchaus auch die Untersuchung von „Bad-“ oder „Worst-Practice-Beispielen“ in Erwägung gezogen werden, um zu lernen, was warum im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung nicht funktioniert (hat) und wie man daraus lernen kann.

Eine weitere kritische Anmerkung zum Thema Best Practice, gerade im Zusammenhang mit Wettbewerben, ist die Förderung der ohnehin schon

motivierten und mit hohen Kompetenzen ausgestatteten Gemeinden. Denn in der Regel bewerben sich gerade diejenigen Gemeinden für Wettbewerbe und Förderungen, die schon eine hohe Motivation in diesem Bereich aufgebracht haben und über die finanziellen Mittel und das fachliche Know-How für diesen zusätzlichen Aufwand verfügen. Bei einem Erfolg winken öffentliche Fördermittel, die die gute Praxis der erfolgreichen Gemeinden noch weiter verbessern. Die Herausforderung liegt also insbesondere darin, bisher nicht interessierte und eher „träge“ Kommunen zu motivieren.

Abschließend ist jedoch festzuhalten, dass der Blick über den eigenen kommunalen Tellerrand hinaus auf gute Praxisbeispiele eine Quelle der Inspiration eigener Aktivitäten zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung sein kann und die grundsätzliche Machbarkeit und der positive Nutzen daraus als Argumentationsgrundlage gegenüber Politik und Öffentlichkeit dienen können.

6 Fazit

Die Wirkfolgen des Klimawandels und Handlungsbereiche sowohl der Klimaanpassung (Adaption) als auch Klimaschutz (Mitigation) berühren die Stadt und damit auch die städtische Entwicklung in ihrer Gesamtheit. Die Auseinandersetzung mit der Planungspraxis hat gezeigt, dass Klimaanpassung bislang nur in wenigen Kommunen angekommen ist. Gleichwohl verfügen viele Kommunen über wertvolle Erfahrungen aus der Erarbeitung von Klimaschutz- und Energiekonzepten, die sich zukünftige Stadtentwicklungs- und Klimaanpassungsstrategien zunutze machen sollten.

Wenngleich die konzeptionell-strategische Ebene in vielen Kommunen Anknüpfungspunkte offenbart, so zeigt die Auseinandersetzung mit der Förderpraxis, dass es hinsichtlich der Umsetzung konkreter Maßnahmen vor Ort meist an der notwendigen Finanzierung scheitert. Um kommunale Stadtentwicklungsstrategien im Bereich der Klimaanpassung auch faktisch zu implementieren müssen Möglichkeiten gefunden werden, Maßnahmen der Klimaanpassung verstärkt über bestehende, querschnittsorientierte Förderprogramme zu forcieren. Bestehende Förderprogramme scheinen ausreichend, allerdings ist eine gezielte Förderberatung für Kommunen und eine Erweiterung bestehender Beratungsangebote um die Aspekte des Klimawandels notwendig. Zur Effektivierung der Förderpolitik und Implementierung der formulierten Konzepte in die Praxis sollte aufgrund der großen Bandbreite möglicher Wirkfolgen des Klimawandels die Klimarelevanz sowohl in querschnittsorientierten als auch in sektoralen Förderprogrammen herausgestellt werden.

Das Aufzeigen und die Verbreitung von Best-Practice-Beispielen sollen weitere Kommunen motivieren, sich mit Themen und Räumen auseinanderzusetzen. Die Bewertung als "Gutes Beispiel" unterliegt jedoch stets gewissen Kriterien, das Beispiel selbst dem Einfluss zentraler Kontextvariablen. Das Aufzeigen von Bewertungskriterien und Rahmenbedingungen ermöglicht anderen Kommunen insbesondere eine Selbsteinschätzung, ob und unter welchen Voraussetzungen ein aktiver Umgang mit den neuen Herausforderungen möglich ist. Dabei ist die Vermittlung des Mehrwerts einer Wettbewerbsteilnahme einerseits, aber auch die fachliche und organisatorische Begleitung zur "Überwindung von Hürden" andererseits notwendig, um bisher nicht involvierte Kommunen einzubeziehen und damit eine bundesweite Anpassungsstrategie zu erreichen, die von vielen "Schultern getragen" wird.

7 Quellen

- ARL (2007): Europäische Strategien der Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Die Sicht der Raumplanung. Positionspapier aus der ARL. Hannover 2007. Nr. 73.
- Bammer, A. und Böhler, T. 2004: Best Practices - Auf dem Weg zu einem neuen Verständnis. Salzburg: Universität Salzburg (= Working Papers „Facing Poverty“)
- Bayerische Staatsregierung (2007): Klimaprogramm Bayern 2020 Minderung von Treibhausgasen Anpassung an den Klimawandel Forschung und Entwicklung. November 2007. Online verfügbar:
www.stmugv.bayern.de/umwelt/klimaschutz/klimaprogramm/doc/klimaprogramm2020.pdf
- BBSR: Nachhaltige Stadtentwicklung: Strategien, Indikatoren Handlungsfeld Umwelt. Online-Ressource: http://www.bbsr.bund.de/nn_36558/BBSR/DE/Fachthemen/Stadtentwicklung/StadtentwicklungDeutschland/NachhaltigeStadtentwicklung/StrategienIndikatoren/09__Handlungsfeld__Umwelt.html
- Bielitza-Mimjähner, R. (2008): Kommunaler Klimaschutz als Instrument einer nachhaltigen Energieversorgung unter den Bedingungen von Globalisierung und Liberalisierung? Vdm Verlag Dr. Müller; Saarbrücken
- BMASK 2009a - Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz: Österreichische Arbeitsschutzstrategie 2007-2012: Begriffsbestimmung - Best Practice mit klärenden Kriterien, Stand: Feb. 2009. Wien: BMASK. Internet: http://www.arbeitsinspektion.gv.at/NR/rdonlyres/F89FDF7A-BFDF-49EA-9561-CC2C416EC783/0/Begriffsbestimmung_BestPractice.pdf (abgerufen am 15.06.2009)
- BMASK 2009b - Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz: Österreichische Arbeitsschutzstrategie 2007-2012: Begriffsbestimmung - Good Practice mit klärenden Kriterien, Stand: Feb. 2009. Wien: BMASK. Internet: http://www.arbeitsinspektion.gv.at/NR/rdonlyres/4D0F83EC-536B-49FC-97A5-8CE3D4130D01/0/Begriffsbestimmung_GoodPractice.pdf (abgerufen am 15.06.2009)
- BMVBS (2009): Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2009, Im Internet veröffentlicht: www.bmvbs.de/Anlage/original_1067349/VV-Staedtebaufoerderung-2009.pdf (Zugriff am 25.03.2009)
- Bochnig, S.; Selle, K. (1993): Freiräume für die Stadt. Band 2, Bauverlag, Berlin.
- Bundesregierung (2008): Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel. 17.12.2008 Online verfügbar:
- Europabüro für sächsische Kommunen (2008): EU-Förderhandbuch für Sächsische Kommunen, Brüssel, Januar 2008. Online verfügbar:
www.dresden.ihk.de/servlet/link_file?link_id=11882&publ_id=911&ref_knoten_id=30727&ref_detail=publikation&ref_sprache=deu
- Fischer, A. und Kallen, C. (Hrsg.) (1997): *Klimaschutz in Kommunen*. Leitfaden zur Erarbeitung und Umsetzung kommunaler Klimakonzepte. Berlin: Verlag Deutsches Institut für Urbanistik.
- Fries, I. (2006): Die neue ländliche Entwicklungspolitik ab 2007 - ELER, GAK. Vortrag im Rahmen der BfN-Veranstaltung: Gentechnikfreie Regionen in Deutschland. Juni 2006 an der Internationalen Naturschutzakademie Vilm des Bundesamtes für Naturschutz. Online verfügbar:
www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/themen/agrogentech/gfr_eler_friess.pdf
- Hennicke, P., Jochem, E. & Prose, F. (Hrsg.) (1997), Interdisziplinäre Analyse der Umsetzungschancen einer Energiespar- und Klimaschutzpolitik. Forschungsbericht.

- Karlsruhe, Kiel, Wuppertal. Online verfügbar: <http://www.nordlicht.uni-kiel.de/dateien/InterdisAnalyse.pdf>
- Homburg, A.; Prose, F. (1997): Ausgewählte sozialpsychologische Beiträge zu Klimaschutzprozessen auf der kommunalen Ebene. In: N.V. Russell et al. (1997): *Technology, the Environment and Us (Proceedings of the 6th IRNES Conference)*, S.159-165. London: Graduate School of Environment, Imperial College. Online verfügbar: <http://www.nordlicht.uni-kiel.de/londond.htm>
- Kern, K.; Niederhafner, S.; Rechlin, S.; Wagner, J. (2005): Klimaschutz in Deutschland —Handlungsoptionen, Entwicklung und Perspektiven. Discussion Paper SPS IV 2005-101, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 2005. Online verfügbar: <http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2005/iv05-101.pdf>
- Krautzberger, M. (2008): Klimaschutz als Aufgabe städtebaulicher Verträge und kooperativer Stadterneuerung. In: *fub 6_2008*
- Mäding, H. (1997): Vorwort. In: Fischer, Annett und Carlo Kallen (Hrsg.): *Klimaschutz in Kommunen. Leitfaden zur Erarbeitung und Umsetzung kommunaler Klimakonzepte*. Berlin: Verlag Deutsches Institut für Urbanistik.
- Nagler, B. 2005: In: *Best Practices als Transfermodell oder: Mehr des Gleichen ist nicht genug*. In: Müller-Christ, G., Behrens, B. & Nagler, B.: *Best-Practice, Kommunikation und Effizienzfalle: Ein Problemaufriss der Transferschwierigkeiten von Umweltmanagementsystemen in die Praxis*. Universität Bremen. S. 33-52 (= artec-paper Nr. 123).
- Nischwitz, G. 2007: Relevanz der Klimapolitik in Stadt- und Regionalentwicklungsprozessen in Deutschland. Bremen. (=SCB Werkstattberichte, Nr. 2). Internet: <http://www.iaw.uni-bremen.de/downloads/NischwitzWerkstattbericht.pdf> (abgerufen am 27.06.2009)
- Nischwitz, G.; Lason; A. (2007): Relevanz der Klimapolitik in Stadt- und Regionalentwicklungsprozessen in Deutschland. In: *Sustainability Center Bremen (Hrsg.): Werkstattberichte, Nr. 2*.
- Prose, F.; Hübner, G. & Kupfer, D. (1993). *Zur Organisation des Klimaschutzes auf der kommunalen Ebene. Forschungsbericht / 2. Zwischenbericht, Juni 1993*, Institut f. Psychologie, Christian- Albrechts-Universität, Kiel. Online verfügbar: <http://www.nordlicht.uni-kiel.de/komm1/2.htm> (Zugriff 15.06.2009)
- Rösler, C. (2008): Klimaschutz in Kommunen. Klimaschutzkonzepte und deren Umsetzung in Städten und Gemeinden. In: Andreas Troge & Claus-Peter Hutter (Hrsg., 2008): *Was kann das Planungsrecht für die Umwelt tun? Reduzierung des Flächenverbrauchs, Schutz des Klimas, Erhalt der biologischen Vielfalt*. - Reihe: *Beiträge der Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg*, Bd. 47.
- Rüdiger, A. (2009): *Der Alltäglichkeit auf der Spur. Die Rolle der Stadtgröße für die räumliche Planung. Eine empirische Untersuchung der Planungspraxis bundesdeutscher Mittelstädte*. Verlag Dr. Kovač, Hamburg.
- Schlüter, S. (2009): Energieeffiziente Sanierungsmaßnahmen dienen dem Klimaschutz. In: *Die Wohnungswirtschaft 5/2009*, S. 5-7.
- Schulz, W. (Hrsg.) (2001): *Nachhaltiges Wirtschaft. Reihe: Lehr- und Handbücher zur ökologischen Unternehmensführung und Umweltökonomie*. München, Wien: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Sinnig, H.; Spohr, G.; Kreft, H. (2009): *Kommunales Klimaschutzmanagement*. <http://www.climate2008.net/?a1=pap&cat=2&e=8>: 19.01.2008.
- Staatskanzlei des Landes Brandenburg (2008): *Investition in Ihre Zukunft*. Verlagsgesellschaft Potsdam GmbH, Potsdam 2008.

Troge, A.; Hutter, C.-P. (Hrsg., 2008): Was kann das Planungsrecht für die Umwelt tun? Reduzierung des Flächenverbrauchs, Schutz des Klimas, Erhalt der biologischen Vielfalt. - Reihe: Beiträge der Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg, Bd. 47.

Vlasák, O. (2009): Bericht des Europäischen Parlaments zur städtischen Dimension der Kohäsionspolitik im neuen Programmplanungszeitraum. Berichterstatter: Oldřich Vlasák am 19. Februar 2009. Online verfügbar: www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A6-2009-0031+0+DOC+PDF+V0//DE

Weimer-Jehle, W.; Hampel, J.; Pfenning, U. (2001): Kommunaler Klimaschutz in Baden-Württemberg. Ergebnisse einer Umfrage. Nr. 187/Februar 2001. Online verfügbar: <http://elib.uni-stuttgart.de/opus/volltexte/2004/1853/pdf/ab187.pdf> (Zugriff 15.06.2009).

Websites

Website des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
www.bmu.de

Homepage der Kommunale Umwelt-Aktion U.A.N. e.V. : www.kuk-nds.de